

OUT OF

NR. 2 ■ OKTOBER 2003

# DAHLEM



**für deutschland**

### Behindertenberatung

Telefon: 838 56 203  
Fax: 838 56 354  
E-Mail: [andra@zedat.fu-berlin.de](mailto:andra@zedat.fu-berlin.de)  
Ab dem 16.10.02 findet die Beratung mittwochs von 12<sup>00</sup>-14<sup>00</sup> und 14<sup>30</sup>-18<sup>00</sup> Uhr statt.  
Raum K 30/13 (Rostlaube), Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin

### BAföG-Beratung

Telefon: 839 091-12  
Mi 10<sup>00</sup>-15<sup>00</sup>  
Do 13<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>

### Sozialberatung

Telefon: 839 091-13  
Mi 16<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>  
Do 11<sup>00</sup>-14<sup>00</sup>  
E-Mail: [sozialberatung@astafu.de](mailto:sozialberatung@astafu.de)

### AusländerInnenberatung

Telefon: 839 091-17  
Di 14<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>  
Mi 12<sup>00</sup>-16<sup>00</sup>  
Online: <http://www.auslaenderinnen.de/beratung.htm>  
E-Mail: [beratung@auslaenderinnen.de](mailto:beratung@auslaenderinnen.de)

### Hochschulberatung

Telefon: 839 091-13  
Fr 11<sup>00</sup>-16<sup>00</sup>  
E-Mail: [hochschulberatung@astafu.de](mailto:hochschulberatung@astafu.de)

### Heinzelmännchen-Beratung

Telefon: 831 60 71  
Mo 13<sup>30</sup>-16<sup>00</sup>  
Di 13<sup>30</sup>-15<sup>00</sup>  
Do 10<sup>30</sup>-12<sup>30</sup>  
Fr 10<sup>30</sup>-12<sup>30</sup>  
Bietet Beratung und Hilfe bei Diskriminierungsfällen im Zusammenhang mit der studentischen Arbeitsvermittlung Heinzelmännchen oder bei Lohnbetrug durch die von Heinzelmännchen vermittelten Arbeitgeber.

ES EMPFIEHLT SICH, IM ASTA-BÜRO (TEL.: 839 091-0, MO-FR 10<sup>00</sup>-18<sup>00</sup> UHR) ANZURUFEN UND DIE AKTUELLEN TERMINE ZU ERFRAGEN.

# ASTA-BERATUNGEN

### Lesbisch-feministische Information und Service (LIS)

Telefon: 839 091-22  
Mi 16<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>

### Frauenberatung

Telefon: 839 091-23  
Do 11<sup>00</sup>-13<sup>30</sup>

### Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderberatung

Telefon: 839 091-18 (Anrufbeantworter vorhanden)  
Fr 13<sup>00</sup>-17<sup>00</sup>  
Mo 15<sup>00</sup>-19<sup>00</sup>  
Online: <http://www.gaycampus.de/beratung.html>  
E-Mail: [schwulenberatung@gaycampus.de](mailto:schwulenberatung@gaycampus.de)

### Rechtsberatung

Telefon: 839 091-0  
Fr 16<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>  
Keine telefonische Beratung, keine MieterInnenberatung. Vorherige telefonische oder persönliche Anmeldung im AStA erforderlich.

Soweit nicht anders angegeben, finden alle Beratungen in der AStA-Villa, Otto-von-Simson-Str. 23 (gegenüber Mensa II in der Silberlaube) statt.

## [OUT OF **DAHLEM**] i m p r e s s u m

**Redaktion:** Bert Buchholz, Philipp Mahltig,  
Manfred Suchan  
**Layout:** Bert Buchholz  
**Fotografien:** Philipp Mahltig & Bert Buchholz

**Druck:** AStA-Druck  
**Auflage:** 4 500

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der Redaktion oder einzelner Mitglieder selbiger wider.

Herausgegeben vom  
**AStA FU (Öffentlichkeitsreferat)**  
Otto-von-Simson-Str. 23  
14195 Berlin-Dahlem  
Tel. (030) 839091-0  
Fax: +49 30 8314536  
E-Mail: [info@astafu.de](mailto:info@astafu.de)

# E D I T O R I A L

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen und  
sonstige Leserinnen und Leser,

endlich könnt Ihr die zweite Ausgabe der AStA-Zeitschrift  
Out of Dahlem in den Händen halten. Die Wartezeit von  
über einem halben Jahr hat sich aber gelohnt, denn dieses  
Heft ist gefüllt mit aktuellen Informationen und  
brisanten Beiträgen.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt auf den Themen  
Studiengebührendebatte und der Entwicklung der  
hochschulpolitischen Situation in Dahlem, Berlin und  
anderswo. Sicher ist der Rückblick auf den studentischen  
Protest des zurückliegenden Sommersemester von  
Ralf Hoffrogge nicht nur für Erstsemester interessant,  
denn anscheinend haben einige Studierende im letzten  
Semester nicht mitbekommen, was eigentlich auf sie  
zukommt, wenn sie sich nicht zur Wehr setzen. Manfred  
Suchan wagt den Blick nach vorne und da bleibt ihm  
wohl nichts anderes übrig, als die hochschulpolitischen  
Pläne des Berliner Senats zu kritisieren. Die aktuelle  
Analyse des Sozialreferats hinterfragt dagegen die  
gesellschaftlichen Hintergründe für das Scheitern der  
studentischen Proteste und wird den einen oder anderen  
von Euch bestimmt zum Weiterdenken anregen.

Darüber hinaus enthält dieses Out of Dahlem noch  
viele andere interessante Artikel (wie z. B. zu den  
Auswahlgesprächen am OSI oder eine Buchrezension), die  
Euch hoffentlich gefallen werden.

Viel Spaß beim Lesen wünscht  
die Redaktion

# C O N T

d a h l e m

- 6 **Politik und Hochschule im Sommersemester 2003**  
Rückblick auf die hochschulpolitischen Ereignisse im Sommersemester 2003



- 12 **Über den Sinn und Unsinn von persönlichen Auswahlgesprächen**  
Neue Zulassungsbeschränkungen am Otto-Suhr-Institut in der Erprobung

- 16 **Humanes Kapital**  
Rede zur Immatrikulationsfeier am 16. April 2003

- 19 **Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit**  
Rezension: »FU Berlin. Ein pechschwarzes Gebilde«

- 22 **StuPa der FU verurteilt Studienkonten**  
Offener Brief an den Berliner Wissenschaftssenator Flierl



s t a n d a r d

- 2 **AStA-Beratungen**
- 2 **Impressum**
- 59 **shortnews**

# E N T S

---

## b e r l i n



**Burschenschaftenaktivitäten zum 17. Juni 2003**  
Neues vom rechten Rand 24

**Woher nehmen, wenn nicht stehlen**  
Politiker und Bankgesellschaft plündern Berlin 26

**Der Bankenskandal verschärft die Finanzmisere des Landes Berlin**  
Initiative Berliner Bankenskandal 33

**Die pädagogischen Grenzen des Wachstums**  
Haushaltskrise, Studiengebühren und der Entwurf einer Bildungsreform – eine kritische Betrachtung 34

---

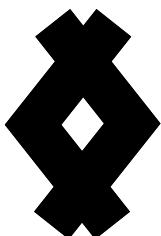
## a n d e r s w o

**Bildung für alle? Studiengebühren für alle!**  
Zur Rede des Hamburger Wissenschaftssenators Dräger vor der bayerischen Rektorenkonferenz 39

**Sozialkritische Wissenschaft oder unternehmensgleiche Hochschule**  
Hamburger Befindlichkeiten 40

**Der Orientierungspunkt des Maulwurfs**  
Zum Tod des Berliner Politologen Johannes Agnoli 44

**Zum Scheitern studentischer Proteste im Sommersemester 2003 in Berlin**  
Über Nation, Gewalt und was Studierende damit zu tun haben 46



[OUT OF **DAHLEM**]



umbruch-bildarchiv

Dieser Artikel soll eine kurze Zusammenfassung der hochschulpolitischen Ereignisse im Sommersemester 2003 bieten, den in diesem Semester ist einiges passiert, das das Uni-Leben demnächst von Grund auf verändern wird. Anspruch auf Vollständigkeit besteht dabei natürlich nicht, aber die wesentlichen Diskussionen sollen kurz dargestellt werden, um eine Bilanz zu ziehen und um sich auch im nächsten Semester den Problemen zu stellen. Denn die Umstrukturierungen gehen weiter, auch und besonders wenn die Studis Ferien machen.

# Politik und Hochschule

im Sommersemester 2003

von ralf hoffrogge

## Studiengebührendebatte

Die Hochschulpolitik in diesem Semester stand ganz im Zeichen einer Debatte um Studiengebühren: ein Vorschlag, der leider immer wieder in die politische Diskussion eingebracht wird und dort auf zunehmende Akzeptanz stößt.

Erste Anzeichen für den Versuch, das 1970 eingeführte gebührenfreie Studium wieder abzuschaffen zeichneten sich im Rahmen der großen Novelle des Berliner Hochschulgesetzes ab, die ursprünglich für den April 2003 geplant war. Aus Regierungskreisen erfuhren VertreterInnen der Berliner LandesAstenKonferenz (LAK), dass die unmittelbare Erhebung von Studiengebühren zwar vorerst nicht geplant sei, eventuell aber die Einführung eines sogenannten Studienkontensystems, wie es in NRW bereits im Jahr 2004 eingeführt wird.

## Erste Pläne für Studienkonten

Dieses Modell sieht die Einrichtung eines Kontos mit einer rationierten Menge an Credit

Points oder ähnlichen Währungseinheiten vor, die dann gegen den Besuch von Lehrveranstaltungen eingetauscht werden können.

Ist das Konto erschöpft, kann es mit einer Gebühr wieder aufgeladen werden. Das Startguthaben soll etwas über der sogenannten Regelstudienzeit liegen, in NRW wird es etwa die anderthalbfache Regelstudienzeit abdecken, die Strafgebühr bei Überschreiten des Kontos beträgt dort 650 Euro pro Semester.

Dieses von der SPD vertretene Modell wird von vielen als sozial verträglich etikettiert, weil eben keine pauschale Studiengebühr erhoben werde, sondern jeder und jede das Erststudium gebührenfrei in einem beliebig langen Zeitraum ›abstudieren‹ kann.

Dennoch ist die soziale Auslese offensichtlich: nur gut betuchte Studierende können sich ein Überschreiten der vom Staat gewährten Zeit leisten und ihr Konto neu aufladen. Allein schon die Tatsache, dass Bildung in diesem Modell nicht mehr als öffentliches und allgemein ver-

fügbares Gut, sondern als knappe Dienstleistung definiert wird, offenbart den Abschied von jedem Bildungsideal. Bildung muss nun wie jede andere Ware auch durch einen Kaufakt erworben werden, der lediglich durch die vom Staat gewährte Subvention in Form des Anfangsguthabens verschleiert wird.

Bei einer Regelstudienzeit von meist neun Semestern reicht dann auch schon ein Fachwechsel oder ein zusätzlicher Sprachkurs, um dieses gewährte Guthaben restlos zu verbrauchen. Zudem ist klar, dass die einmal eingeführte Rationierung von Bildung weitere Spar-Angriffe sehr einfach macht: die Senkung des Anfangsguthabens ist angesichts des zunehmenden staatlichen Rückzugs aus der Bildungsfinanzierung schon vorprogrammiert. Somit erscheinen Studienkonten keineswegs als kleineres Übel im Vergleich zu direkten und pauschalen Studiengebühren, sondern vielmehr als Einstieg in eine vollständige Ökonomisierung der Bildung, bei der in nicht allzu ferner Zukunft jede einzelne »Bildungs-Dienstleistung« separat bezahlt werden muss. So wird die Bildung über die künstliche Verknappung durchs Studienkonto endgültig zur Ware. Deren Preis werden sich einige leisten können, viele jedoch nicht.

Daher wurde an der FU durch den AStA und den hochschulpolitischen Arbeitskreis eine Vollversammlung für den 29. April 2003 organisiert.

### **Oder direkte Studiengebühren?**

Am Tag der Vollversammlung hatte die unselige Berliner Spar-Debatte jedoch bereits eine ganz andere Richtung eingeschlagen: Finanzsenator Sarrazin gab in der Presse kund, durch Studiengebühren Gelder in Höhe von 180 Millionen Euro für die Haushaltskonsolidierung eintreiben zu wollen. Das wären umgerechnet 650 Euro pro StudentIn. Diesmal sollte also nicht wie bisher weiter an der Substanz der ohnehin schon ruinösen Universitäten gespart werden, sondern die Studierenden sollten direkt für das Berliner Haushaltsloch zahlen.

Andere Spitzenpolitiker der Berliner SPD schlossen sich dem Vorschlag an, und die Präsidenten von HU und FU äußerten sich ebenfalls positiv zu Studiengebühren. Ihr »Protest« bestand aus Maßnahmen wie der Einführung eines flächendeckenden Numerus Clausus (NC) für alle Fächer (HU, FU, TU), oder gar eines kompletten Immatrikulationsstopps für Erstsemester (HU). Diese Maßnahmen zeigen klar die Linie der Hochschulleitungen: möglichst viele Menschen müssen von vornherein durch Gebühren, NC oder andere Maßnahmen von den Unis ferngehalten werden, damit wenige Glückliche von den verbliebenen Mitteln ein Elite-Studium genießen können.

### **Proteste**

Die etwa 300 TeilnehmerInnen der ersten FUVollversammlung vom 29. April zeigten sich über diese Geschehnisse angemessen entsetzt und es wurden Aktionen sowie eine weitere Vollversammlung am 8. Mai geplant, die von spontan gebildeten Aktionsgruppen vorbereitet wurden.

Gleichzeitig fanden Proteste an den anderen Hochschulen sowie intensive Gespräche der verschiedenen Asten statt, um Strukturen für berlinweite Proteste auf die Beine zu stellen. So konnte bei der nächsten VV am 8. Mai schon eine Reihe von Terminen angegeben werden. Zudem waren Unterschriftenlisten und eine Protest-Homepage ([www.500euro.tk](http://www.500euro.tk)) organisiert worden. Im Vordergrund der weiteren Planung standen die Protest-Kundgebung zum SPD-Landesparteitag am 16. Mai und eine Berlinweite Studi-Demo am 21. Mai.

Bei der zweiten Vollversammlung waren weit über 1000 TeilnehmerInnen anwesend, die sich auf zwei Hörsäle verteilen mussten. Kontrovers diskutiert wurde wie bereits auf der ersten VV über die Ausrufung eines Streiks, allerdings wurde dann entschieden, zunächst innerhalb der Hochschule weiter zu mobilisieren und zu informieren. Denn ein Streik ohne breitere Basis erschien so oder so als undurchführbar.



▼ *Bildung – zur Reproduktion des Bestehenden?*



manfred.suchan

Gestritten wurde auch über den gesellschaftlichen Kontext des Protestes. Vielen erschien es unabdingbar notwendig, sich mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu solidarisieren und den allgemeinen Sozialabbau zu kritisieren, andere jedoch warnten vor einer »Vermischung« mit anderen Themen.

Dennoch fand die große Demo aller Berliner Hochschulen am 21. Juni 2003, an der sich etwa 6 000 Menschen beteiligten, unter dem Motto »Für eine offene Uni – kein Sozialabbau nirgends« statt. Auch wenn die OrganisatorInnen sich mehr Beteiligung erhofft hatten, war die Demo doch ein deutliches Zeichen, das wahrgenommen wurde – nicht zuletzt dank der im Vorfeld und auf der Demo stattfindenden Aktionen der Kunsthochschulen, die sich sehr aktiv in den Protest einbrachten. Besonderes Aufsehen erregte die Besetzung des Büros von Finanzsenator Sarrazin durch etwa 20 Studierende im Anschluss an die Demo. Diese Aktion zeigte beispielhaft, wie auch kleine Gruppen effektiv und treffend Protest äußern können.

### **Studienkonten nach Berliner Modell**

Nachdem die Gebührendebatte lange Zeit vom Finanzbürokraten und Sachzwangsverwalter Sarrazin dominiert wurde, meldete sich am 19. Juni 2003 nach langem Schweigen endlich auch der zuständige Kultur- und Wissenschaftssenator Thomas Flierl (PDS) zu Wort. Doch die Schützenhilfe, die manche noch von ihm erwarteten, blieb aus. Im Gegenteil: Flierl sprach sich am 19. Juni 2003 in einem Interview mit der Berliner Morgenpost für ein Berliner Studienkontenmodell aus.

Somit sind die neoliberalen Steuerungsmodelle, die jeden gesellschaftlichen Bereich gemäß marktförmiger Verwertungslogik organisieren wollen, nicht nur in der Sozialdemokratie, sondern auch im »demokratischen Sozialismus« angekommen.

Besonders perfide an Flierls Vorstoß ist die zusätzliche Einführung einer zeitlichen Begrenzung, in der das gewährte Bildungsguthaben konsumiert werden muss. Es sollen also nicht

nur die zahlen, die ihr Guthaben erschöpft haben, sondern auch alle, die mehr als vier Semester über die Regelstudienzeit hinaus sind. Die Gebühr soll 500 Euro pro Semester betragen. Dieses Musterbeispiel an Repression verbindet also Rationierung und Verknappung von Bildung mit dem Druck zum Schellstudium, es vereint die Nachteile von Studienkonten und Langzeitstudiengebühren.

Die 66% der Studierenden, die jetzt schon für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen, sind angeschmiert: sie können ihr Guthaben nicht langsam abstudieren und nebenher arbeiten, sondern müssen zahlen. Belohnt werden diejenigen, die bereits jetzt sehr gut mit dem Bildungssystem zurechtkommen: wer seinen Abschluss nicht mehr als vier Semester nach Ende der Regelstudienzeit ablegt und noch Guthaben vorweisen kann, kann dieses für Weiterbildungsangebote nutzen. Menschen mit guter finanzieller Absicherung, die nicht durch Arbeit, Kindererziehung oder andere Verpflichtungen belastet sind, werden also gefördert. Der Rest wird bestraft.

Statt also Bildung als Beitrag zur Stärkung von Persönlichkeit und Urteilskraft zu begreifen, verstärkt die rot-rote Regierung in bisher nicht gekannter Intensität den Druck zur konformen, verwertbaren Normbiographie. Für abweichende Lebensentwürfe ist da kein Platz.

### **Perspektiven des Widerstands**

Die Umsetzung dieser Pläne in Form eines neuen Hochschulgesetzes läuft bereits an – steht zu hoffen, dass die Berliner Studierenden ihren Protest wieder intensivieren und wirklich gemeinsam handeln, anstatt auf individuelles Durchwursteln zu setzen. Denn ohne Widerstand werden sich die Verhältnisse weiter verschlechtern; nicht erst für die Studierenden nach uns, sondern schon sehr bald.

Verhindern lassen sich solche Pläne allerdings durchaus, das haben die Proteste der Vergangenheit gezeigt. Interessanterweise waren besonders die Proteste erfolgreich, die die radikalsten und utopischsten Forderungen vertraten. Von der sozialistischen 68er Bewegung bis

hin zum rätendemokratisch organisierten Besetzungstreik von 1988: alle Bewegungen konnten signifikanten Einfluss auf die Hochschulpolitik nehmen, was allerdings seit den 90er Jahren nur noch selten gelang. Vielleicht ist diese Erscheinung auf die Tendenz zu »realistischeren« Forderungen zurückzuführen, auf den Verzicht, die gesellschaftlichen Verhältnisse mit zu kritisieren. Im Bemühen, gesellschaftliche Defizite wie etwa Sozialabbau auszusparen, um eine möglichst breite Masse an Studierenden zu erreichen, verformten sich Proteste oft zu inhaltsleeren Unmutsäußerungen, die leicht vereinnahmt werden können. Ein Beispiel aus diesem Semester war etwa die Protestkundgebung gegen den SPD Landesparteitag vom 16. Mai, die trotz eines Pfeifkonzertes gegen die Präsidenten der FU und HU sehr stark von deren lobbyistischen Inhalten dominiert wurde. Der Tenor waren »wettbewerbsfähige« Hochschulen. Über Demokratie und Ausschluß durch Gebühren wurde nicht geredet.

Interessenpolitik mit Gesellschaftskritik zu verbinden, scheint da das erfolgreichere Konzept zu sein. Dazu müssten sich allerdings mehr Studierende bequemen, ihre Interessen auch wahrzunehmen. Bei der zweiten Großdemonstration, die für den 21. Juni angesagt war und eine direkte Antwort auf Flierls Studiengebührenpläne hätte sein können, fanden sich nur 500 Leute ein. Eine herbe Enttäuschung für PlanerInnen und Engagierte. Und ein Signal für die Politik, das sie weiter alles mit den Studierenden machen kann. Aber die Gesetze sind noch nicht gemacht – noch bleibt die Chance einer Reorganisation von Widerstand: auch mit kleinen, aber engagierten Gruppen, wie die Besetzungsjahre einen Monat vorher zeigte.

### **Neue Universitätsverfassung und weiteres**

Neben der Studiengebührendebatte gingen andere wichtige Themen der Studienreform leider unter und wurden auch von studentischer Seite wenig thematisiert. Beispiele wären die bereits abgeschlossene Neufassung des Studenten-

werkesgesetzes oder die Reform der Universitätsverfassungen, die ebenfalls in der Novelle des Berliner Hochschulgesetzes erfolgen wird. Geplant ist ein »schlankes« Hochschulgesetz, das die Ausgestaltung der internen Universitätsverfassung im Wesentlichen den Hochschulen überläßt. Es wird lediglich einige Vorgaben geben, die sich wohl hauptsächlich an den verfassungsrechtlichen Rahmenlinien orientieren. Das bedeutet, dass auch weiterhin die Professoren in »Fragen der Forschung und Lehre« stets mit einer Stimme Mehrheit alle anderen Statusgruppen (Studis, wiss. MitarbeiterInnen, sonstige MitarbeiterInnen) überstimmen können, wie es das aus lauter Professoren bestehende Verfassungsgericht 1973 in einem einzigartig demokratischen Akt festlegte.

Die genauen Verfahrensweisen, die Autonomie der Institute und Fachbereiche, die Frage, was nun »Fragen der Forschung und Lehre« sind, die Wahlmodalitäten – all diese Dinge müssen jedoch komplett neu ausgehandelt werden. Interessant ist, das die bisher vorgelegten Papiere zum Hochschulgesetz für diese Ausgestaltung eine viertelparitätische Kommission vorsehen, in der alle Statusgruppen mit gleicher Stimmenzahl vertreten sind.

Was dabei herauskommt, ist ungewiß. Sicher wäre teilweise eine Demokratisierung möglich, auch wenn die Gerichtsurteile dem enge Grenzen setzen. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die bisher durch die Erprobungsklausel des alten Hochschulgesetzes installierten autoritären Führungsmethoden, die die universitätsinterne Macht nahezu vollständig im Präsidium konzentrieren, endgültig festgeschrieben werden sollen. Dazu bedürfte es jedoch der Mitwirkung auch der Studierenden in der verfassungsgebenden Kommission.

Diese Kommission ist also von entscheidender Wichtigkeit für die universitäre Politik der nächsten Jahrzehnte, sie muss mit kompetenten Studierenden und anderen VertreterInnen besetzt werden, die sich dem herrschenden Mainstream widersetzen und Demokratie und Mitbestimmung so weit wie möglich durchsetzen. ❖

# Über den Sinn und Unsinn von neelke wagner von persönlichen Auswahlgesprächen

Neue Zulassungsbeschränkungen am Otto-Suhr-Institut in der Erprobung

## Vom Numerus Clausus zum Auswahlgespräch

Der Numerus Clausus (NC) steigt seit Jahren überall, obwohl er erstens illegal ist und zweitens ein recht willkürliches Selektionsinstrument darstellt, wenn es um die Eignung für ein besonderes Studienfach geht. Besonders in den ZVS-Fächern ist die Diskussion, ob aus Muster-schülerInnen unbedingt gute Ärzte werden, so alt wie die Zulassungsverfahren selbst. In diese Diskussion konnte nun dank der allseits beliebten und bewährten Erprobungsklausel ein wenig Bewegung gebracht werden: 24% der Studienplätze in ZVS-Studiengängen sollen künftig über persönliche Auswahlgespräche vergeben werden; das Gleiche gilt für Fächer mit institut-seigenem NC.

Dieser Artikel behandelt anhand von Beispielen aus dem Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft (OSI) der FU Berlin den grundsätzlichen Sinn bzw. Unsinn von solchen Auswahlgesprächen. An vielen Instituten nicht nur der FU will man von diesem Mittel Gebrauch machen, da man sich anscheinend gar nicht mehr vorstellen kann, den Hochschulzugang wieder den legalen Grundsätzen anzupassen. Lieber folgt man dem Trend zur subtilen

Diskriminierung und damit zur persönlichen Auswahl nach individueller Eignung, was ja auch viel ›gerechter‹ klingt als der vielgehasste NC. Zudem ist es doch ein schönes Gefühl, sich ›seine‹ Studis selbst auszusuchen, statt jeden dahergelaufenen Hinz und Kunz nehmen zu müssen, nur weil der sich zufällig an einem niveaulosen Provinzgymnasium durchgemogelt hat.

## Neue Zulassungsbeschränkungen durch Auswahlverfahren

Es werden trotzdem natürlich nicht alle BewerberInnen eingeladen (so viele Auswahlgespräche wären auch kaum zu bewältigen), sondern vom Immatrikulationsamt wird ein kleines Kontingent von Glücklichen zu Auswahlgesprächen eingeladen, die den NC knapp verpasst haben. Es wird also nicht ausgelost oder einfach jedeR Fünfte geladen, sondern es wird nur der Randbereich überprüft. Es geht nicht darum, den NC zugunsten einer anderen, vielleicht gerechteren Zulassungsbeschränkung abzuschaffen, also einfach aus der Gesamtheit der Bewerber jene auszuwählen, die vielleicht trotz schlechtem Abi gute Politikwissenschaftlerinnen wären, oder es überhaupt wären. Der NC wird nur etwas ›weicher‹ gestaltet und der Leistungsnachweis zu-



gunsten studiennaher Fächer und Aktivitäten verschoben, die Notenfixierung bleibt jedoch unverändert bestehen.

Mit dem neuen Verfahren wird der NC im Gegenteil ansteigen, denn wenn Plätze für die persönlich Auserwählten freigelassen werden, können ja weniger über den reinen Notendurchschnitt reinkommen. Dafür erhalten mit den

*Der/Die BewerberIn sitzt also nur in diesem Gespräch, um über die Zeit als Schülersprecher oder in der Antifa zu berichten und zu hoffen, dass das irgendwie Eindruck macht, falls einem die Partei oder der Kirchenkreis kein Formular ausgestellt hat.*

Gesprächen diejenigen eine Chance, die etwas unter dem Notendurchschnitt liegen, welchen sie ohne Gesprächsregelung gebraucht hätten. Wenigstens unter ihnen könnten dann jene von der neuen Regelung profitieren, die sich durch »fachspezifische Qualifikation« auszeichnen. Ist das nicht wenigstens ein kleiner Fortschritt? Müssen wir denn immer so viel meckern?

### **Objektivität als Frage der Kriteriensetzung**

Ja, müssen wir, denn der Teufel steckt wie immer im Detail, nämlich in der Festsetzung der Kriterien, nach denen ausgewählt werden soll. Schließlich soll das Ganze ja bürokratisch bearbeitbar und »gerichtsfest« vonstatten gehen und nicht für professorale Willkür gehalten werden (obwohl es das natürlich letztlich ist, denn ob etwas »glaubhaft gemacht« wurde, beurteilt ja immer der, welcher glauben soll). Daher müssen »objektive« Kriterien her, und, siehe da, der Akademische Senat war fleißig: Es gibt ein paar passende Änderungen in der FU-Satzung, die im Rahmen der Erprobungsklausel verabschiedet wurden, und zwar in Gestalt der »Regelung des Auswahlverfahrens der Hochschulen in Studiengängen mit hochschulinternem NC im Rahmen der Besonderen Hochschulquote«.

Da es einen solchen schon lange auch am Otto-Suhr-Institut gibt, gibt es jetzt auch die exklusive Kriterienzusammenstellung für PolitologInnen, passgenau entworfen von anerkannten Fachleuten der universitären Selbstverwaltung. Diese sehen ganz unbürokratisch die Vergabe von sechs sogenannten Auswahlpunkten (AP) vor – je mehr mensch davon hat, desto besser. APs gibt's bei den PolitologInnen etwa für eine »einschlägige Berufsausbildung«. Was auch immer das heißen mag – es bedeutet jedenfalls bestimmt nicht »mehr Arbeiter in die Uni«. Schade für die lieben Werktätigen.

Oder die DelinquentInnen bekommen ihre APs für »mindestens 11 Punkte in der Abiturnote für Politik-/Sozialkunde oder Geschichte (2 AP) und für eine Fremdsprache (1 AP)«. Wie viele Gymnasien einem ein Geschichts- oder Sozialkundeabitur überhaupt ermöglichen, warum Geschichte jetzt für das politikwissenschaftliche Studium besser qualifiziert als Philosophie oder Deutsch und was um Himmels Willen die Aufwertung der Abiturnoten zu einer NC-Alternative macht, wird nicht einmal ansatzweise diskutiert.

Für das Ergebnis des Auswahlgesprächs bleibt demnach nur eine Gewichtung von einem Drittel oder 2 AP. Dieses Ergebnis wird erreicht, wenn mensch »überdurchschnittliche Motivation« in Form sozialen oder politischen Engagements (1 AP) glaubhaft machen kann und eine überzeugende »fachliche Begründung der Bewerbung« (1 AP) abliefern. Die fachliche Begründung geschieht in der Regel schriftlich im voraus, in Form eines der Bewerbung zugehörigen Essays wahrscheinlich. Im Grunde sitzt der/die Bewerber(in) also nur in diesem Gespräch, um über die Zeit als Schülersprecher oder in der Antifa zu berichten und zu hoffen, dass das irgendwie Eindruck macht, falls einem die Partei oder der Kirchenkreis kein Formular ausgestellt hat.

### **Objektivität, Exklusion und Willkür**

Mit anderen Worten: gerade in dem Bereich, der als Erweiterung der Zulassungskriterien den NC

aufweichen lassen könnte, ist der professorale Ermessensspielraum am Größten. Das bedeutet natürlich nicht, dass »objektive Kriterien« hier Abhilfe schaffen könnten, denn was bitte ist ein objektiver Maßstab für politisches und soziales Engagement? Wer schreibt die langen Listen von Ausbildungsgängen, denen eine Nähe zum politikwissenschaftlichen Studium bescheinigt werden könnte? Ist der Volontär bei einer lokalen Sportredaktion jetzt näher dran als die Sozialarbeiterin? Sind Rechtsanwaltsgehilfen geeigneter als Kindergärtnerinnen? Warum? Ist Mitgliedschaft in einer Partei schon ein Zeichen von politischem Engagement? Oder Trainer der F-Jugend gewesen zu sein? Wie sind Menschen zu beurteilen, die für solche upperclass-hobbies wie die Nabu-Jugendgruppe keine Zeit oder keinen Anstoß hatten? Können Menschen aus schwierigem sozialem Umfeld überhaupt noch hoffen, dieses Institut zu besuchen?

Es wird auf jeden Fall schwieriger. Ganz abgesehen davon, dass schon die gymnasiale Bildung ein starker sozialer Filter ist, trifft dies für die Sorte von freiwilligem Engagement zu, welches auf die auswählenden Profs überzeugend wirken wird. Denn wenn mensch den Elitenglauben der AuswählerInnen berücksichtigt und die Tatsache, dass soziale Selektion immer subtil und nicht notwendigerweise bewußt vonstatten geht, bleibt als wahrscheinlichstes Zukunftsszenario die sozial homogene Elite-Uni. Einen Vorgeschmack lieferte der Direktor des Otto-Suhr-Instituts Bodo Zeuner in der letzten Sitzung des Institutsrats: »Also, wenn einer da seine Oma gepflegt hat, naja, also politisches Engagement ist das ja wohl nicht, über sozial könnte man streiten, aber, nee, das doch eher privat.« Solche spannenden Aussagen, die erstens von völliger Unkenntnis eines nicht unbeträchtlichen Teils der Sozialforschung der letzten Jahrzehnte zeugen und zweitens jegliche Wachheit gegenüber der Umwelt vermissen lassen, sind nicht dazu geeignet, die Befürchtungen zu zerstreuen.

### **Auf dem Weg zur angepaßten Universität**

Klar wird auch, dass dieser Trend zur innovativen Motivationsforschung bei Studienbewerbern in absehbarer Zeit auch die süße Schulzeit beeinflussen wird. Am Besten, mensch überlegt sich das Wunschstudium mit elf und fängt dann schon mal an, es systematisch vorzubereiten, also sich nach Schulen mit entsprechenden Abiturfächern zu erkundigen, Punkte bei den Aufträgen entsprechenden Organisationen zu sammeln usw. Wer zu Hause mitarbeiten muss, weil es kleine Geschwister gibt und die Eltern sich vielleicht – oh Wunder – keine haushaltsbezogene Dienstleisterin leisten können, oder wer jobben geht, weils Taschengeld zu mager ausfällt – du liebe Güte, man muss halt Prioritäten setzen, nicht wahr? Wir wollen ja schließlich die Guten, die früh gelernt haben, sich auf Erfolg und Karriere zu konzentrieren, und dazu braucht es nun mal auch das entsprechende Elternhaus. Womit eine zweite nicht zu unterschätzende Dimension des Auswahlgesprächs auftaucht: Welchen äußeren Eindruck jemand macht, wie er sich gibt und wie er sich ausdrückt, hat große Wirkung auf das Gegenüber. Und wenn mensch da jemandem gegenüber sitzt, welcher auf der Suche nach guten Studierenden immer erst nach seinesgleichen schaut (was ja auch menschlich verständlich ist, zumal bei Leuten, die außer ihrem Habitus wirklich nichts mitbringen, was auf eine Universität gehört), ja dann hat aber allen Nicht-Bildungsbürgerkindern das Stündlein geschlagen!

In Wirklichkeit wird die Zulassung damit individualisiert und personalisiert, indem mit der »persönlichen Eignung« der ganze Mensch sich dem Prüfungsverfahren stellen muss. Niemand wird gezwungen, aber alle werden gedrängt, ihren Charakter und ihren Lebensentwurf vor den Kadi zu tragen und analysieren zu lassen. Das große »confessing« zur Eignungsprüfung ist nur eine Instanz mehr, welche das Individuum kontrolliert und reguliert, dreht, wendet und prüft, um es vielleicht dann doch zu verwerfen. Inwiefern ein solches Verfahren besonders menschlich zu nennen sei, steht noch zur Diskussion. ❖

# KAPITAL

REDE ZUR IMMATRIKULATIONS -  
FEIER AM 16. APRIL 2003

# SEMESTER WUNH



Meine Damen und Herren, liebe Erstsemester!

Mein Name ist Ralf Hoffrogge, und in meiner Eigenschaft als Hochschulreferent des Allgemeinen Studierendenausschusses – kurz AStA – wende ich mich heute mit einer kurzen Ansprache an Euch.

Dabei kann und will ich mich jedoch nicht in die Schar der Gratulanten und Gratulantinnen einreihen, die euch beglückwünschen, dass ihr es trotz Numerus Clausus und anderer Hürden in die elitäre akademische Gemeinschaft der FU geschafft habt. Im Gegensatz zum akademischen Establishment, dessen Selbstdarstellung auch die heutige Veranstaltung dient, bin ich nicht der Auffassung, dass diese Institution der Heranbildung von Leistungseliten für den Standort Deutschland dienen sollte.

Warum nicht?

Um diese Frage zu beantworten muss ich kurz ausholen und auf die gesellschaftlichen Verhältnisse hinweisen, unter denen an der Universität Wissen-

schaft betrieben wird. Denn auch die Universität ist Teil der Gesellschaft und erfüllt eine Rolle in ihr. Was für eine Rolle? Wozu ist die Universität da, was ist ihre Funktion?

Dies ist die zentrale Frage, die ich im Rahmen dieser kurzen Ansprache an euch weiterreichen möchte. Eine fertige Antwort habe ich nicht, aber durchaus einige Denkanstöße, die uns der Sache näher bringen.

Fangen wir also bei der Gesellschaft an. Was ist das für eine Gesellschaft, in der wir leben? Hierzu möchte ich einige Zeilen aus dieser Broschüre<sup>1</sup> zitieren, die im Rahmen zweier Projektutorien an dieser Universität verfasst und in unserer AStA-Druckerei für euch hergestellt wurde.

Die Broschüre beschäftigt sich mit der Lebenswirklichkeit von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Ich zitiere aus einem Interview mit



einem ehemaligen Häftling des sogenannten »Abschiebegefahrns« in Berlin-Köpenick:

»Es gibt Leute, die können den Knast nicht ertragen. Für die ist es schwer. Ich kenne auch einen, einen Palästinenser. (...) Der hat einmal eine Nagelschere geschluckt, einmal einen Löffel. Die wollten ihn abschieben. Er hat eine Tochter mit einer Deutschen zusammen und die wollten ihn abschieben. Er darf sie nicht heiraten, er muss ausreisen. (...) Sie haben ihn in Abschiebehaft gebracht. Er wollte raus. Er sagte, er wollte zu seiner Frau, ich meine, er hat nichts getan. Warum sollte er so lange da sitzen?

Hast du das öfter beobachtet, das Leute sich dort was angetan haben?

Viel, viel. Zehn oder mehr Leute haben sich geschnitten. Weißt du, mit der Rasierklinge schneiden sich viele Leute in den Bauch oder mit der Hand. Und manche versuchen auch, sich selbst zu töten (er macht eine Bewegung) Erhängen, das meine ich. Das haben schon viele gemacht. Oder viele machen auch Hungerstreik. Viele, viele Leute waren einen Monat ohne Essen, zwei Monate, anderthalb Monate.

Warum machen die Leute das?

Weißt du, die Leute haben nichts gemacht. Die wollen jemanden heiraten oder sind illegal oder irgend etwas und kommen sofort in Abschiebehaft. Und dort müssen sie so lange verbringen und dann werden sie abgeschoben. Es gibt Leute, die in Deutschland zehn Jahre oder 20 Jahre sind. Auch hier geboren, egal was. Sie kommen in Abschiebehaft und können schon deutsch sprechen. Sie haben hier Frau oder Kinder. Ich kenne Leute mit drei Kindern und trotzdem wurden sie abgeschoben. Ich meine, das ist schwer, wenn jemand seinen Sohn hier lassen muss, seine Tochter, seine Familie. Manchmal sind alle hier geboren und dann wird abgeschoben.

Und meinst du, die Leute, die sich was antun in der Haft, wollen sich wirklich umbringen?

Nein. Nein. Sie wollen nicht wieder zurück. Vielleicht hatten die Leute auch viele Probleme in ihrem Land. Sie sagen sich, ich werde sowieso

da sterben, wenn ich abgeschoben werde. Dann sterbe ich lieber hier.«

Das ist also der deutsche Normalzustand. Auch jetzt sind die Abschiebeknäste in Köpenick und Berlin-Grünau voll mit verzweifelten Menschen. Sie erhofften sich Asyl und bekamen in Deutschland das, vor dem sie aus ihrer Heimat flohen: politische Gefangenschaft unter unmenschlichen Haftbedingungen. Aber was hat das in der Universität zu suchen?

Einiges. Die Juristen und Juristinnen, die im Auswärtigen Amt und in der Ausländerbehörde diese unmenschliche Asylpolitik Tag für Tag sanktionieren, haben alle studiert, einige sicher auch an der FU.

Deshalb bekräftige ich hiermit die anfangs getätigte Aussage: diese Universität soll kein Ausbildungsort für Funktionseliten und Schreibtischtäter sein.

Wir brauchen stattdessen eine Wissenschaft, die die Verhältnisse um sich herum analysiert und angreift, anstatt sie zu legitimieren und täglich neu herzustellen. Eine selbstbestimmte, demokratische, unabhängige Wissenschaft. Frei von staatlicher Gängelung und dem Verwertungsdruck der Industrie.

Die Projektstudien, deren Teilnehmer und Teilnehmerinnen dieses Interview geführt und diese Broschüre erstellt haben, sind ein Beispiel für solch eine kritische Wissenschaft. Genauer gesagt: Sie waren ein Beispiel. Denn das Projektstudienprogramm der FU wurde jahrelang durch finanzielle Kürzungen bis zur Unkenntlichkeit kaputtgespart und schließlich vor zwei Semestern von FU-Präsident Gaechtgens in einem autoritären Akt gegen das Votum des akademischen Senats endgültig abgeschafft.

Die Projektstudien waren zweisemestrige Lehrveranstaltungen, die von studentischen Tutoren geleitet wurden. Entstanden ist das Programm aus den Forderungen des studentischen Streiks im Winter 1988/1989. Mit ihrem Streik setzten die Studierenden die Forderung nach finanzieller Absicherung ihrer selbst organisierten autonomen Seminare durch. So konnte herrschaftskritische und selbstbestimmte Wis-

senschaft wenigstens ein stückweit institutionalisiert werden.

Der konservativen FU-Leitung war dieses Programm von jeher ein Dorn im Auge. Die Abschaffung war offiziell eine Sparmaßnahme, es liegt jedoch die Vermutung nahe, das Seminare mit Ergebnissen wie den eben geschilderten in der Freien Universität nicht erwünscht sind.

Andere Sparmaßnahmen führen nicht nur in Berlin regelmäßig zu ähnlichen Ergebnissen: Wissenschaft wird reduziert auf stromlinienförmige, anwendungsorientierte, schnell verwertbare Inhalte. Was nicht direkt für die Wirtschaft oder die herrschende Politik nutzbar gemacht werden kann, verschwindet aus den Berliner Universitäten: An der HU wurden Soziologie und Politikwissenschaft zu einem diffusen Studiengang »Sozialwissenschaften« zusammengeschrumpft, die Technische Universität verliert nach und nach ihre geisteswissenschaftlichen Bereiche und an der Universität der Künste protuiert sich die Kunst für die Werbewirtschaft.

Nach dem Sinn, dem Zweck an sich fragt niemand mehr. Alles soll der Praxis, der Effizienz, der Konjunktur dienen. Aber was hat da eigentlich Konjunktur?

Für diese Sinnfrage, die ich hier stellen möchte, ist an der Universität kein Platz mehr. Die Universität ist zu einem Ort der instrumentellen Vernunft verkommen, eingezwängt zwischen Drittmitteln aus der Industrie und staatlicher Gängelung durch Zielvereinbarungen und Hochschulverträgen. Diese instrumentelle Vernunft kennt kein höheres Ziel als die Anpassung an vermeintlich naturgegebene Sachzwänge: Natürlich muss gespart werden, natürlich müssen die Universitäten ihren Teil geben, natürlich soll an der Universität keine brotlose Kunst studiert werden, sondern hier sollen Investitionen stattfinden. Der ideale FU-Student verläßt die Institution nicht nur mit dem Abschluss, sondern als fertig zugerichtete Ich-Ag, als Akkumulation von »Humankapital«.

Dieser Begriff mit all seinem Zynismus stammt nicht etwa aus einer ätzenden Satire, sondern ist längst zur Standardformel in der bil-

dungspolitischen Debatte geworden. Das Humankapital im Standort Deutschland, das sind wir. Die Bildung und der universitäre Abschluss sind also sozusagen eine Investition in uns selbst, eine Kapitalerhöhung. In einer Studie der Deutschen Bank AG mit dem bezeichnenden Titel »Humankapital – wieviel Bildung braucht der Mensch?« – ich zitiere nach der Süddeutschen Zeitung vom 7. Dezember 2002 – trieben die Autoren den Zynismus auf die Spitze und errechneten einen Zahlenwert für das durchschnittliche Humankapital eines deutschen Bundesbürgers. Sie kamen auf 230 000 Euro. Soviel ist der Mensch also wert.

Natürlich bringt der durchschnittliche Asylbewerber nicht so viel Kapital ins Land. Daher landet er auch in Grünau im Abschiebegehwarsam. Wenn er dort an einer Nagelschere erstickt, interessiert das kaum jemanden an dieser Universität, die den kritischen Geist fürchtet wie der Teufel das Weihwasser.

Aber wir brauchen diesen kritischen Geist. Wir brauchen diese Wissenschaft, die Sinnfragen stellt, anstatt immer wieder neu zu ermitteln, wie aus Geld mehr Geld gemacht werden kann. Die rein instrumentelle Vernunft mit ihren Paradigmen von Verwaltung und Verwertung dagegen ist in höchstem Maße menschenverachtend.

Also: lasst euch nicht verwalten, lasst euch nicht verwerten. Durchbrecht die Konsumhaltung und engagiert euch in den politischen Zusammenhängen an dieser Universität. Fragt nach den wahren Hintergründen, wenn der Präsident im Akademischen Senat verkündet, es gäbe kein Geld für Projektortorien! Gründet autonome Seminare und Initiativen, wenn der offizielle Lehrbetrieb sich euren Inhalten und Lehrformen verweigert! Gelegenheit zum Engagement gibt es unter anderem in den Fachschaftsinitiativen, dem hochschulpolitischen Arbeitskreis des AStA und nicht zuletzt auf der studentischen Vollversammlung am 29. April 2003.«

#### ■ Quellen:

- 1) *FU-Projektortorien »Lebenswirklichkeiten von Flüchtlingen in Berlin« / »Behörden und Migration«: »Verwaltet, entrechtet abgestempelt - wo bleiben die Menschen?«, Interview geführt von Ulrike Hemmerling, S. 148-155, Berlin 2003.*

# Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit

von benedict ugarte-chacon

**A**ls im Winter 1988 die Freie Universität Berlin von ihren Studierenden bestreikt wurde, fand sich in einem »Autonomen Seminar« eine Gruppe von Studentinnen und Studenten zusammen, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, »hochschulpolitische Machenschaften und Skandale« hintergründiger zu beleuchten. Informationen zu den Missständen, die schließlich den Streik provoziert hatten, sollten in einer Art Broschüre zusammengefasst werden. So machte man sich an emsiges Recherchieren u. a. auf den Themenfeldern Berliner Hochschulgesetz, Berufungsverfahren und Strukturkommission. Bei der Recherche stellte sich heraus, dass sich kein Themenkomplex finden ließ, der nicht mit einer bestimmten Organisation in Zusammenhang zu bringen war: der Notgemeinschaft für eine freie Universität e. V. (NofU).

Besagte Organisation bzw. einzelne Mitglieder schienen von der Wissenschaftsverwaltung über Parteien und Hochschulorganisationen bis hin zu den Gremien der FU nahezu überall vertreten zu sein. So beschlossen die Autorinnen und Autoren die Machenschaften dieser Organisation zum »roten Faden« ihrer Broschüre zu



## **FU Berlin. Ein pechschwarzes Gebilde.**

*G\*schichten über Ursachen und Hintergründe des UNIMUTS von den StudentInnen der B\*reiten Universität Berlin*

Informationsausschuß des UNIMUTS (Hrsg.)  
Berlin 1989

machen. Herausgekommen ist ein Buch, das die Struktur, die Verbindungen und den Einfluss der NofU an der FU und an anderen Stellen systematisch analysiert.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1969 verfolgte die NofU das Ziel, den »Vormarsch der Kommunisten« an den Hochschulen, der mit der Studierendenbewegung 1968 seinen Lauf ge-

nommen habe, zu be- und verhindern. Hierzu wurde sie auch publizistisch tätig, seit 1970 erschien u. a. eine Broschüren-Reihe mit dem Namen »Freie Universität unter Hammer und Sichel«. Dokumentiert werden sollte damit die schleichende Machtübernahme kommunistischer »Verfassungsfeinde« im gesamten Hochschulbereich, denn die NofU sah im damaligen sozialdemokratischen Berliner Hochschulgesetz die Handlungsunfähigkeit der Gremien der FU festgeschrieben, sah den damaligen FU-Präsidenten Rolf Kreibich vor den »Radikalen« kapitulieren und in Forschungs- und Berufsfragen kommunistische DozentInnen und StudentInnen dominieren. Dramatische Folgen der kommunistischen Herrschaft an der FU wählte die NofU in den von ihr wahrgenommenen Bedrohungen durch »Terror, Chaos, Leistungsverfall und Professorenflucht« und sah damit das Recht auf Freiheit der Forschung und Lehre enorm beeinträchtigt. In einer Publikation versteigt sich die NofU gar zu der Schlussfolgerung, bei der Juso-Hochschulgruppe handle es sich um »Agenten einer kommunistischen Diktatur«. Beim Blick auf solch merkwürdige Auffassungen verwundert es nicht mehr, dass die NofU sämtliche ihrer KritikerInnen der »Wissenschaftsfeindlichkeit« bezichtigte; solch ein Niveau wird allerdings nachvollziehbarer, beachtet man den Umstand, dass bei Gründung der NofU ein gewisser Axel Springer zugegen war, der diverse Kampagnen der NofU mit seinen Blättern unterstützte.

Es ist jedoch keinesfalls so, dass es sich bei der NofU nur um einen Zusammenschluss hysterischer Konservativer handelte, der mit plumpen antikommunistischen Ressentiments hausieren ging und der sein eigenes verqueres Demokratieverständnis mit der »Verfassung« verwechselte. Die Autoren und Autorinnen des Buches machen vielmehr deutlich, dass hinter den hervorgebrachten Vorwürfen »massive professorale Standesinteressen« standen. Entgegen den Demokratisierungsforderungen der Studierendenbewegung 1968, die auch teilweise umgesetzt werden konnten, sollte durch die Diskreditie-

rung eben dieser Bemühungen als »kommunistisch« und »verfassungsfeindlich« die »Restoration professoraler Macht und Herrlichkeit« erfolgen. »In Wirklichkeit waren gar nicht die KommunistInnen gemeint, sondern alle KritikerInnen der Ordinarienstruktur«. In diesem Sinne ist auch der Begriff der »Freiheit der Wissenschaft«, wie ihn die NofU vertrat, zu interpretieren. Die AutorInnen kommen zu dem Schluss, dass sich hinter dieser Freiheit lediglich die »Freiheit« der Profs von Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle« verbarg.

Da die Mitgliederlisten der NofU von dieser geheimgehalten wurden, sind nur die Namen ihrer Vorstandsmitglieder bekannt, Roman Herzog und Ernst Nolte seien hier als prominente Beispiele genannt.

Weitaus unappetitlicher als das von ihr nach außen präsentierte muffig-konservative Gedankengut stoßen dem Leser die in dem Buch akribisch recherchierten organisatorischen und personellen Verbindungen und Verwicklungen einzelner Mitglieder der NofU auf. So finden sich in ihrem weiteren Umfeld Organisationsnamen wie zum Beispiel Studienzentrum Weikersheim e. V., Deutsch-Chilenischer Freundeskreis e. V. oder Hilfskomitee Freiheit für Rudolf Heß. NofU-Mitglied Klaus Motschmann beispielsweise war Redaktionsmitglied der neurechten Zeitschrift Criticon, NofU-Mitglied Ursula Besser war zusammen mit Mitgliedern des rechtsextremen Witikobundes in der Freien Gesellschaft zur Förderung der Freundschaft mit den Völkern der Tschechoslowakei organisiert.

Neben publizistischen Tätigkeiten war die Sammlung von persönlichen Daten vermeintlicher Kommunisten und deren Veröffentlichung bzw. Weitergabe an diverse Stellen ein Mittel der NofU, mit den erklärten politischen Gegnern und Gegnerinnen umzugehen. Als »Hilfstruppe des Verfassungsschutzes« verschickte die NofU Namenslisten mit Tausenden von Namen von unliebsamen Studierenden und Lehrenden an »Parlamente, Wirtschaftsverbände und die Personalbüros privater Unternehmen und öffentlicher Stellen«. Brisant ist hierbei der Umstand,

dass somit privaten Arbeitgebern Datenmaterial zur Verfügung gestellt wurde, an welches solche in der Regel nicht so ohne Weiteres kommen. In Bezug auf den Studierendenstreik 1988/89 forderte die NofU in der Publikation »Hinweise für den Fall von Störungen an Hochschulen« explizit zur Identifizierung von »Störern« mittels Fotoapparat auf und bat »in allen Fällen« um »eine Mitteilung an die Notgemeinschaft«.

An der FU trat die NofU unter dem Namen Liberale Aktion (LA) in Erscheinung. Diese »von den Professoren gestellte Regierungspartei in den FU-Gremien« wurde 1971 von der NofU mit der Absicht gegründet, auf das Geschehen an der FU direkt Einfluss nehmen zu können. Die Autoren und Autorinnen weisen nach, dass es der NofU durchaus gelang, zur dominierenden Größe innerhalb der FU-Gremien aufzusteigen. Schließlich konnte mit Hilfe diverser Gesetzesverstöße, Verfahrensmanipulationen und dem »Kaltstellen« politisch Unliebsamer das Mitglied der LA Dieter Heckelmann 1983 zum Präsidenten der FU gekürt werden. Wie solche Manipulationen abliefen, wie die NofU es schaffte, auf die Novelle des Berliner Hochschulgesetzes 1982 starken Einfluss zu nehmen, wie sie die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung in ihrem Sinne umgestaltete, wie

sie in der gesamten Hochschulverwaltung der FU zur bestimmenden Kraft mutierte, wie eine fachlich inkompetente Strukturkommission unter ihrem Einfluss »Strukturempfehlungen für die 90er Jahre« erarbeitete, wie bei universitären Abstimmungen Mehrheiten erkaufte wurden, wie sie auf die Personalpolitik der FU Einfluss nahm und wie sie damit in Zusammenarbeit mit CDU und Diepgen-Senat letztendlich das Fundament für die heutige FU legte, dies alles wird im vorliegenden Band ausführlich geschildert.

Auch wenn der Verfasser die Beurteilung der Machenschaften der NofU und die der durch sie beeinflussten Stellen als »faschistisch« nicht teilt, so stimmt er doch mit der Feststellung überein, dass die NofU einen nicht unerheblichen Anteil an der systematischen Entdemokratisierung der FU hatte.

Alles in allem handelt es sich bei dem vorliegenden Band um eine fundierte Recherche zu einem Teil der Geschichte der Freien Universität. Auch wenn stellenweise etwas langatmig geschildert wird und das Vokabular teilweise unangebracht kämpferisch wirkt, bleibt dieser mittlerweile historische Beitrag unverzichtbar für das Verständnis der FU als das, was sie noch heute ist: Ein Stück des lieb gewonnenen Berliner Filzes. ❖

Anzeige

# X-berg.de

## Portal für Gesellschaftskritik

x-berg.de ist eine unabhängige und interaktive Plattform zur Verbreitung und Diskussion gesellschaftskritischer Nachrichten und Beiträge.



## <http://x-berg.de>

**Themen:**

Rassismus, Antisemitismus, Sexualpolitik, Faschismus, Globalisierung, Staat & Kapital, Innere Sicherheit, Bio-Technologie, New Economy, Bevölkerungspolitik, vieles mehr und natürlich alles, was Ihr wollt.

# StuPa der FU verurteilt Studienkonten

*Offener Brief* des Studierendenparlaments der FU Berlin an den Berliner Wissenschaftssenator Flierl

Sehr geehrter Senator Flierl,

*hiermit verurteilen wir die von Ihnen vorgeschlagene Einführung eines Studienkontenmodells in Berlin.*

Studienkonten sind ein Mittel der Repression, der Ökonomisierung und der sozialen Ausgrenzung. Hintergrund dieses Gebührenmodells, nichts anderes sind die Konten, ist das Gedankenkonstrukt vom faulen Studenten, der die Uni als »Lebensraum« begreift. Das Bild des Langzeitstudenten, der dem Staat auf der Tasche liegt, ist weit verbreitet und wird durch fast alle Medien kolportiert – trotzdem ist es falsch. Natürlich gibt es recht hohe Abbrecher- (meist Wechsler-) quoten in vielen Studienfächern und lange Studienzeiten. Die Gründe dafür sind aber nicht in der Faulheit der Studierenden zu suchen, sondern in ihrer sozialen Situation und in der Situation an den Hochschulen. Langzeitgebühren ignorieren und sanktionieren damit die individuellen Lebensentwürfe der Studierenden, die Grund für eine längere Studiendauer sein können.

Die wenigen Einzelfälle, die sich dauerhaft in ihrem StudentInnendasein eingerichtet haben, kosten niemanden etwas. Sie bekommen kein BAföG, sie besuchen kaum Lehrveranstaltungen. Wozu sollen Studienkonten also nützen? Sie sind der Einstieg in das Prinzip des Marktes »Bildung«, auf dem Bildung Geld kostet, weil sie Geld bringen soll. Studienkonten suggerieren, dass Studieren grund-

sätzlich bezahlt werden müsse, und der Staat dies lediglich gnädigerweise für eine willkürlich bestimmte Zeit übernimmt. Diese je nach Haushaltslage zu bestimmende Zeit bezieht sich in Ihrem Modell auf die Regelstudienzeit. Die Regelstudienzeit wurde jedoch in den 70ern eingeführt, um die Universitäten anzuhalten, das Studium in dieser Zeit studierbar zu gestalten. Erreicht wurde das Ziel bis heute nicht. Mit Studienkonten wird das Problem der Studiendauer auf die Studierenden abgewälzt, obwohl faktisch wie oben gezeigt, diverse inner- und außerhochschulische Umstände dafür verantwortlich sind.

Weiterhin wird mit diesem Modell das Studium in einer Weise reglementiert und eingeschränkt, die weder dem Bildungs- und Ausbildungsergebnissen noch der Situation an den Hochschulen zuträglich sind. Studienwechsel werden erschwert, interdisziplinäres Studieren fast unmöglich gemacht und ein Studierverhalten erzeugt, das sich ausschließlich nach der effizienten Verwertung des »Guthabens« richtet. Die Eigenmotivation der Studierenden, beste Voraussetzung für ein erfolgreiches Studieren, muss hinter ökonomische Gesichtspunkte zurücktreten.

Zur erfolgreichen Einführung dieser künstlichen Verknappung des Bildungsangebots muss ein umfangreiches Überwachungssystem eingeführt werden. Prinzipiell müssen die Türen während der Lehrveranstaltungen geschlossen bleiben, der Eintritt dürfte nur mit Chipkarte möglich sein. Sonst machte

Es gilt, die Argumentation vor den Folgen ihrer Ohnmacht zu retten.

# DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

das ganze Modell keinen ökonomischen Sinn. Für die Haushalter: Dieses Überwachungssystem – einer demokratischen und freien Hochschule vollkommen abträglich – kostet sehr viel Geld. Es baut keine Bürokratie ab, sondern auf.

Zusätzlich zur sozial selektierenden Abschreckungswirkung aller Gebührenmodelle kommt der Unsinn von Langzeitgebühren, die im ungünstigsten Moment greifen: kurz vor Abschluss des Studiums. Studienkonten sind der Grundstein zum profitorientierten Bildungsmarkt; Bildung und Ausbildung bekommt damit reinen und sozial selektierenden Charakter. Installiert wird ein Überwachungsapparat, der die Hochschule zum Hochsicherheitstrakt macht. Mit sozialer Gerechtigkeit hat das nichts zu tun. Und wie zum Hohn: das Ganze kostet nur Geld und bringt nichts.

Wir fordern Sie auf, diesen pseudo-reformerischen, fiskalisch unsinnigen Überwachungswahnsinn zu stoppen. Moderne Bildungspolitik muss vielmehr auf eine Öffnung des Bildungssystems zielen, die Chancengleichheit erhöht. Sinnvoll ist nicht die virtuellen Langzeitstudierenden als Sündenböcke zu benutzen, sondern sich die reale Situation an den Hochschulen anzusehen und Vorschläge zur Verbesserung der Studiensituation und zur Reform von Lehrformen und -inhalten sowie zur Berliner Hochschullandschaft zu erarbeiten.

*Studienkonten sind ein teures und untaugliches Mittel, die Debatte über die ausschließlich negativen Auswirkungen von Studiengebühren zu verschleiern. Hochschulen haben wichtige gesellschaftliche Funktionen. Um diese ausfüllen zu können, müssen sie entsprechend mit Mitteln ausgestattet sein. Bildungsabbau ist Sozialabbau.* ♦

## EINLADUNG ZUM ABONNEMENT

Lesen Sie die kritisch-theoretische Zeitschrift DAS ARGUMENT. Werden Sie Abonnent/in für 52,50 € pro Jahr (Studierende 39 €).

Heftschwerpunkte des Jahrgangs 2002:

Das Argument 244: Weltkrieg gegen den Terror?

Das Argument 245: Gesellschaftsgeschichte und Gesellschaftsformation

Das Argument 246: Bildung · Krise · Hegemonie

Das Argument 247: Familie im Neoliberalismus

Das Argument 248: Das Imperium des High-Tech-Kapitalismus

Heftschwerpunkte 2003:

Das Argument 249: Die Übermacht, der Krieg, der Widerstand · Foucault

Das Argument 250: Der Krieg, Europa, der Weltprotest · Politische

Philosophie & Feminismus: Hannah Arendt

Das Argument 251: Weltordnungskonflikt Nahost · Kritik der politischen

Ökonomie: Methodenstreit

Argument Versand, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, ☎ 6113983

## Der neue Haug: High-Tech-Kapitalismus

Ausgehend von der Analyse der hochtechnologischen Produktionsweise, der computer vermittelten Arbeit und der digitalen Produkte erkundet W.F. Haug in Auseinandersetzung mit den wichtigsten Denkrichtungen der Zeit die neue Gestalt des transnationalen Kapitalismus, seine Immaterialitäts- und Wertschöpfungs-Mythen. Er bearbeitet die Denkmittel zur Kritik des heraufziehenden Biokapitalismus und fragt nach den neuen Subjekten des Sexuellen. Gestützt auf Gramscis Hegemonietheorie untersucht er die sich unter US-Vorherrschaft ausbreitende globale Imperialstruktur

und ihren „Weltkrieg gegen den Terror“. Abschließend geht es darum, wie die Frage Was tun? sich im Blick auf die globalisierungskritische „Bewegung der Bewegung“ heute neu stellt.

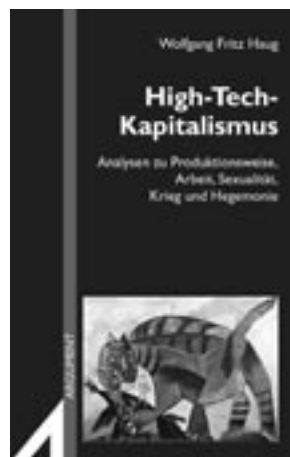
Wolfgang Fritz Haug

### High-Tech-Kapitalismus

Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie

Argument Sonderband AS 294

19,50 € · ISBN 3-88619-294-6





# Burschenschaftentätigkeiten

zum 17. Juni 2003

von louis giveon, für die unabhängige hochschulantifa an der fu

**I**m Juni 2003 planten Studentenverbindungen der »Deutschen Burschenschaft« unter Federführung der Berliner Burschenschaft Gothia mehrere Aktionen in Berlin. Am 17. Juni wollten Mitglieder des Berliner Burschenschaft Stammtisches am Mauer-Mahnmal in unmittelbarer Nähe des Reichstages unter dem Motto »50. Jahrestag des Volksaufstandes in Mitteldeutschland« Kränze niederlegen.

Ein Bündnis gegen Revanchismus und Nationalismus veranstaltete daraufhin am gleichen Ort eine Kundgebung. Zu der Aktion hatten Studierendenvertretungen sowie verschiedene antifaschistische Gruppen aufgerufen. Ein öf-

fentlicher Auftritt der Burschenschaft im Zentrum Berlins konnte durch die etwa 80 TeilnehmerInnen der Kundgebung verhindert werden; die Burschenschaft wichen mit ihrer Kranzniederlegung wie erst im nachhinein bekannt wurde zum Autobahnkleebblatt in Zehlendorf aus.

Bereits in der Woche zuvor war ein Auto eines Funktionärs der Deutschen Burschenschaft auf dem Gelände der Berliner Burschenschaft Gothia in der Königsstr. 3 in Berlin-Zehlendorf in Brand gesteckt worden.<sup>1</sup> Die Burschenschaft und die Polizei vermuten Brandstiftung mit politischem Hintergrund; in einem verbün-



dungsstudentischen Diskussionsforum<sup>2</sup> gibt es hingegen auch Spekulationen in Richtung Versicherungsbetrug (die Versicherung hatte angeblich bereits am Folgetag die Übernahme des Schadens zugesagt).

Die Burschenschafter versuchen sich öffentlich als Opfer darzustellen und behaupten, sie würden diskriminiert. Ihre eventuell alkoholbedingten Aussetzer gehen sogar soweit, dass sie dem AStA der FU »geistige Brandstiftung« unterstellen und die AStA Homepage wird als »linksextermistisch« (Schreibfehler im Original) bezeichnet.

Was war geschehen? Der AStA der Freien Universität hatte uns Studierende lediglich dazu aufgerufen, uns an den Protestaktionen gegen die öffentlichen Auftritte der Studentenverbindungen zu beteiligen und der Bezirksbürgermeister von Steglitz-Zehlendorf, Weber (CDU), wurde aufgefordert, der Burschenschaft Gothia keine Räume zur Verfügung zu stellen (siehe Presseerklärung des AStA). Übrigens eine seit der Gründung der Freien Universität für die FU bestehende Regelung:

Das Auftrittsverbot gilt unseres Wissens nach nicht nur für Burschenschafter, sondern für sämtliche Korporationen und für das gesamte Gelände der Freien Universität.

Nach der Aufforderung des AStA der Freien Universität an den Bezirksbürgermeister entbrannte am 18. Juni 2003 innerhalb der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf eine erhitzte Debatte (im Streitfall entscheidet das Bezirksamt über die Vergabe der Räumlichkeiten). Der Antrag von GRÜNEN und SPD auf Verweigerung der Räume für die Burschenschaft fand zwar keine Mehrheit, erreichte aber, dass sich die Steglitz-Zehlendorfer CDU öffentlich für die Burschenschaft positionieren musste.

Die Berliner CDU hat darüber hinaus im Gegensatz zum AStA der FU offensichtlich keinerlei Probleme mit Burschenschaf tern. Das beste Beispiel für die konträren Positionen ist der Alte Herr der Berliner Burschenschaft Saravia, Eberhard Diepgen, der nach Bekanntwerden seiner

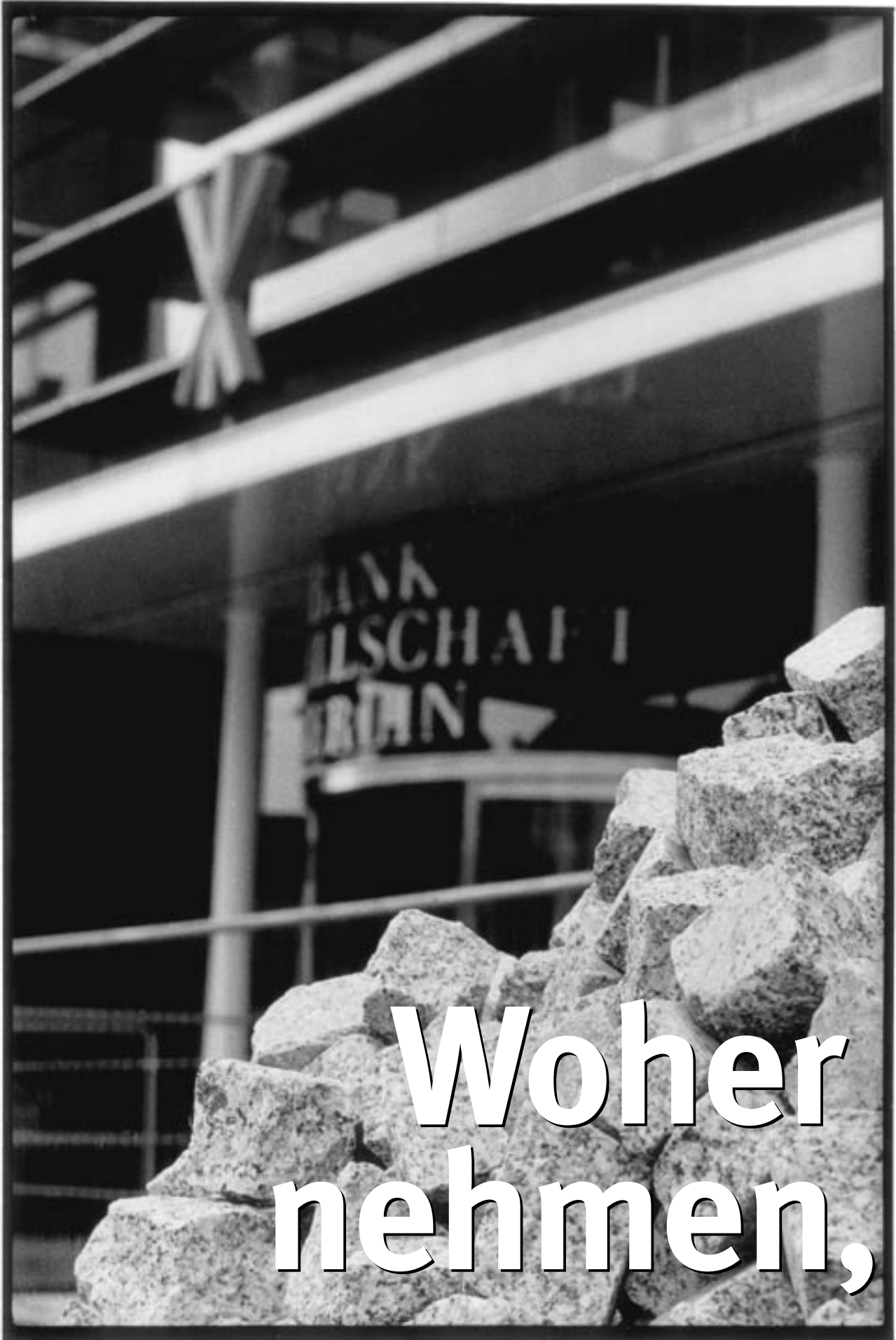
Mitgliedschaft in der Burschenschaft den AStA-Vorsitz nach einer Urabstimmung im Februar 1963 wieder abgeben musste. In der Berliner CDU durfte er dann zusammen mit den ebenfalls korporierten Klaus-Rüdiger Landowsky und Rainer Zitelmann jahrelang über die Geschichte Berlins bestimmen, eines der Ergebnisse ist der ebenfalls in dieser Ausgabe besprochene Berliner Bankenskandal.

Zurück zur Bezirksverordnetenversammlung: Bezirksbürgermeister Weber argumentierte in seiner sehr formal gehaltenen Rede damit, dass es nicht die erste Veranstaltung der Gothia in den Räumlichkeiten des Bezirksamtes sei. Bereits mehrfach hätte er der Gothia Räume zur Verfügung gestellt. So fand auch die Gothia-Veranstaltung mit Horst Mahler am 23. Juni 1999 im Ratskeller des Rathaus Zehlendorf statt, sowie noch einige weitere in der Folgezeit. Der CDU-Abgeordnete und wissenschaftliche Mitarbeiter der FU (Fachbereich Jura) Torsten Hippe soll ein neurechtes Plädoyer<sup>3</sup> für den Auftritt der Burschenschaften gehalten und seine Rede sogar mit »Deutschland, Deutschland über alles!« beendet haben.

Die Gothia-Veranstaltung am 20. Juni 2003 wurde dann unter massivem Polizeischutz durchgeführt. Vor dem Eingang zum Bürgeraal wurde passenderweise die neurechte Zeitung Junge Freiheit kostenlos an die Burschenschafter verteilt. Die Gothia avancierte in den letzten Jahren zu der Burschenschaft in Berlin mit den meisten öffentlichen Auftritten. Ausführliche Berichte und aktuelles rund ums Thema Burschenschaften gibt's im Internet unter [www.burschis.de.vu](http://www.burschis.de.vu) oder live z.B. in Zehlendorf.

#### ■ Quellen:

- 1) *Berliner Morgenpost* vom 12. Juni 2003 (<http://morgenpost.berlin1.de/archiv2003/030612/berlin/story609692.html>)
- 2) *de.soc.verbindungen* – 18. Juni 2003 »Brandanschlag in Berlin«
- 3) [www.burschis.de.vu](http://www.burschis.de.vu) (<http://www.burschis.de.vu>) unter Berlin 17.6., *Nachspiel I: Festkommers findet am 20. Juni im Rathaus Zehlendorf statt!*



**Woher  
nehmen,**

Im Jahre 1994 fasst man in Berlin einen folgenreichen Entschluss: Drei unterschiedliche Regionalbanken, die *Berliner Bank AG*, die *Landesbank Berlin* und die *Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank AG/Berlin Hyp*, sowie einige Fondsgesellschaften werden unter dem Holdingdach der *Bankgesellschaft Berlin* zusammengeschlossen. Die *Landesbank* und die *Berlin Hyp* gehören zu 100% dem Land Berlin, bei der Berliner Bank hält das Land eine Mehrheitsbeteiligung von 56%. Da die drei Banken bislang unter dem Schutz der öffentlichen Hand ein recht beschauliches Dasein führten, haben sie mit der freien Marktwirtschaft so gut wie keine Erfahrung. Beobachter sehen deshalb den Niedergang der neuen Bankgesellschaft schon bei deren Entstehung vorprogrammiert. Die damalig regierende Große Koalition unter Eberhard Diepgen verspricht sich von der Bankgesellschaft hohe Dividenden und diverse Gefälligkeitsgeschäfte, alles um den klammen Berliner Haushalt über Wasser zu halten und diverse Großprojekte weiterhin finanzieren zu können. Um auch aus Anteilsverkäufen der Bankgesellschaft Kapital schlagen zu können, ist ein hoher Aktienwert notwendig. So

werden bei der Fusion der drei Banken die Eingangsbilanzen bewusst überbewertet, die beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die den Aktienwert der neuen Bankgesellschaft festzustellen haben, messen jeder Bank überhöhte zukünftige Erträge zu. Die Erschaffung der *Bankgesellschaft Berlin* reiht sich ein in eine Serie von größtenwahnsinnigen Projekten zum Ausbau Berlins zu einer ›Superstadt‹. *Der Spiegel* stellt schon Anfang 1995 fest, dass die »Berliner Kassen außer Kontrolle geraten sind« und die verfolgte Politik zu einer »Jahrhundertpleite« führen könnte.

Die neue Bankgesellschaft stellt jedoch nicht nur eine Geldquelle für die Große Koalition dar, sie eignet sich auch als ein prächtiges Prestigeobjekt, immerhin ist sie nun das sechstgrößte Kreditinstitut Deutschlands. Dass sie keine großen Erträge einfährt, stört zunächst nicht weiter.

#### **Immobilienfonds**

Das merkwürdige Geschäftsgebaren der Verantwortlichen in der neuen Bankgesellschaft wird bei einem Blick auf die von der *Landesbank Berlin* aufgelegten geschlossenen Immobilienfonds deutlich. Marktunüblich, wenn nicht gar einzig-

Politiker und Bankgesellschaft plündern Berlin

# *wenn nicht stehlen?*

artig, sind die Garantien, die den Fondszeichnern von der Bank gegeben werden. Zunächst sichert eine meist über 25 Jahre gegebene Mietgarantie feste Mieteinnahmen. Ob die Immobilien, die sich in den Fonds befinden, Mieteinnahmen erbringen oder nicht, ist also für den Gewinn der Anleger nicht relevant. Tatsächlich handelt es sich bei einem großen Teil der in diesen Fonds untergebrachten Immobilien um schlechtgehende Objekte mit hohem Leerstand oder besser: um Schrott-Immobilien. Bei solch einer Garantie ist dies allerdings für den Fondszeichner nicht von Belang. Die zweite Garantie ist eine Andienungsgarantie. Die Anleger können damit ihre Anteile nach 25 Jahren zu 100% der von ihnen investierten Summe an die *Landesbank Berlin* zurückverkaufen, wenn sie weitere fünf Jahre damit warten, kauft die Bank die Anteile zu 115% der ursprünglichen Investitionssumme zurück. Der tatsächliche Marktwert der Immobilien spielt hierbei keine Rolle. Für die von der Landesbank gegebenen Garantien haftet die Bankgesellschaft. Zusätzlich zu diesen garantierten Gewinnen können die Anleger meist zwischen 50 bis 80% ihrer ursprünglichen Investition von der Steuer absetzen.

Nicht nur, dass mit dieser Praxis seitens der öffentlichen Hand auf Steuergelder verzichtet wird, für alle Risiken, wie z. B. die ausbleibenden Mieteinnahmen aus den Schrott-Immobilien, werden die SteuerzahlerInnen zur Verantwortung gezogen. Hinter der Bankgesellschaft steht das Land Berlin, welches zu dieser Zeit 57% der Anteile hält, und hinter dem Land Berlin steht die Bundesrepublik Deutschland. Besser als mit solch einer Haftungskette kann wohl kein Anleger versichert sein. Ein Schelm, wer sich angesichts der Liste der Fondszeichner Gedanken macht. Neben Persönlichkeiten aus den oberen Etagen der Bankgesellschaft und Personen aus deren privatem Umfeld finden sich prominente Namen aus der Landes- und Bundespolitik.

Die Bankgesellschaft versucht seit dem Beginn dieser unüblichen Geschäftspraxis sämtliche darin enthaltene Risiken zu verschleiern.

So nimmt sie ab Mitte der neunziger Jahre mit Hilfe von Stroh Männern Bilanzmanipulationen in Höhe von ca. drei Milliarden Mark vor. Die Verantwortlichen in der Bankgesellschaft zeichnen sich nicht nur durch solch unseriöse Finanzjonglagen aus, sie scheinen auch zum größten Teil ihrer verantwortungsvollen Aufgabe nicht gewachsen zu sein. Sehenden Auges steuern sie den Konzern mit größter Sorgfalt gegen die Wand.

### Filz

Die Bereitschaft der Verantwortlichen, sich und ihren Freunden Vorteile zu sichern, kommt nicht nur bei der Zeichnung von Immobilienfonds zum Tragen. Der ehemalige Chef der Berlin Hyp und ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus Klaus Landowsky beispielsweise lässt den Privatclubs, u. a. dem *Lawn-Tennis-Turnier-Club Rot-Weiß*, in welchem er und andere Bankmanager Mitglieder sind, Zuwendungen »seiner« Bank zukommen. Ebenso gewährt die *Berlin Hyp* Großspendern der CDU, vornehmlich aus der Baubranche, Kredite in Milliardenhöhe. Es kommt allerdings vor, dass sich Bauunternehmer mit ihren Vorhaben übernehmen. Ihre Unternehmen lassen sich aber dadurch sanieren, dass eine Fondsgesellschaft der Bankgesellschaft mitunter schlechte Immobilien zu einem großzügig überhöhten Preis aufkauft und in einem ihrer Immobilienfonds unterbringt.

Dass die Politiker der Großen Koalition Parteifreunde in diverse Ämter bei der Bankgesellschaft oder einer ihrer Teilgesellschaften hieven, verdient keine besondere Erwähnung.

### Krise

Anfang 2001 steht die Bankgesellschaft vor der Insolvenz. Mit ihrem negativen Rekord-Jahresergebnis belastet sie den Berliner Haushalt enorm. Zudem werden Stimmen laut, die der Führung der Bankgesellschaft Inkompetenz und kriminelle Energie vorwerfen, und Klaus Landowsky steht plötzlich unter Verdacht, Kredite gegen Parteispenden verschenkt zu haben. Das

Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, welches trotz zahlreicher Prüfungen der Bankgesellschaft nichts von der drohenden Insolvenz bemerkt haben will, fordert im März 2001 den Rücktritt von fünf Vorstandsmitgliedern der Bankgesellschaft. Landowsky wird die Möglichkeit zum ›honorigen Ausstieg‹ gegeben, offiziell tritt er nach eigenem Wunsch zurück. Die ›Versorgungsbezüge‹ für die ausgeschiedenen Manager belaufen sich auf monatlich zwischen 15 000 und 20 000 Euro. Sie werden lebenslänglich bezahlt.

### Was tut die Politik?

Nicht nur die Verantwortlichen in der Bankgesellschaft üben sich in Verschleierungstaktiken. Der Großen Koalition sind sämtliche Risiken des Konzerns von Anfang an bekannt, ein öffentliches Eingeständnis dieser Risiken aber würde die Dividende der Bankgesellschaft schmälern, diese wird jedoch, genau wie diverse Anteilsverkäufe, benötigt, um die finanzielle Lage des Landes zu verbessern. Zudem wälzt das Land seine finanziellen Probleme auf die Bankgesellschaft ab, bspw. werden unrentable Immobilien an die Bankgesellschaft verkauft. Sämtliche Entscheidungen, die in den oberen Etagen der Bankgesellschaft getroffen werden, werden durch die Politiker der Großen Koalition, die einen Posten im Aufsichtsrat inne haben, abgesegnet.

Als der Wirtschaftsprüfer Achim Walther 1997 in seinem Bericht schreibt, dass die für die Immobiliengeschäfte der Bankgesellschaft zuständige Konzerntochter *Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH* (IBG) »durch Mietgarantien über 25 Jahre und die angebotenen Andienungsrechte so hohe wirtschaftliche Risiken eingegangen [ist], die sie aus heutiger Sicht vielleicht nicht aus eigener Kraft bewältigen kann« und er zudem das einige Jahre später stattfindende Bankdesaster voraussagt, wird sein Bericht weder von der Bankgesellschaft noch von der Politik berücksichtigt. Als Anfang 2001 die Krise der Bankgesellschaft zu Trage tritt, wendet sich Walther an

verschiedene Politiker und bietet diesen an, ihnen seine Kenntnisse zur Verfügung zu stellen, immerhin ergeben sich Haftungsansprüche zu Gunsten des Landes Berlin. Weder der damalige Senator für Stadtentwicklung und SPD-Landesvorsitzende Peter Strieder, noch der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, noch dessen Nachfolger Klaus Wowereit, an den sich Walther im November 2001 wendet, haben Interesse an den Kenntnissen des Wirtschaftsprüfers. Ebenso desinteressiert zeigt sich im Januar 2002 der Oppositionsführer im Berliner Abgeordnetenhaus, Dr. Frank Steffel.

Um den Konkurs der maroden Bankgesellschaft zu vermeiden, beschließt die rot-grüne Übergangsregierung im Juli 2001 eine Kapitalzuführung von zwei Milliarden Euro. Die Übergangsregierung gibt vor, die Bank nunmehr gerettet zu haben, im folgenden Wahlkampf wird der Bankenskandal zu einem Landowsky-CDU-Skandal umgedichtet. An der Geschäftspraxis der Bankgesellschaft ändert sich nichts, die Risiken aus den Immobilien- und Fondsgeschäften bleiben weiterhin unkalkulierbar. D. h., dass dem rot-grünen Übergangssenat klar sein muss,

*Dass die Bereinigung des Berliner Bankenskandals nur ein Schritt hin zu einer politischen Neuorientierung sein kann, versteht sich von selbst.*

dass in Zukunft weitere Finanzspritzen des Landes notwendig sein werden, vor allem, weil nach dieser Kapitalzuführung die Anteile des Landes Berlin an der Bankgesellschaft bei 81% liegen. Auf die Idee, die Bankgesellschaft aufzulösen bzw. in die Insolvenz zu führen, kommt keiner der Verantwortlichen. Die Erfüllung von Mietgarantien und Andienungsgarantien beispielsweise hätte somit verweigert werden können. Der rot-grüne Übergangssenat beginnt stattdessen eine Maßnahme vorzubereiten, die die Berliner Bevölkerung für die nächsten 30 Jahre beschäftigen wird. Am 9. April 2002 verabschiedet das Berliner Abgeordnetenhaus unter dem rot-

roten Senat das sog. Risikoabschirmungsgesetz. Dies bedeutet, dass das Land Berlin von nun an für die nächsten 30 Jahre die Risiken aus den Immobiliengeschäften der Bankgesellschaft zu übernehmen hat. Hochrechnungen ergeben eine Summe der Risiken von 21,6 Milliarden Euro. Die Gewinne aus den Immobilienfonds werden weiterhin an die Fondszeichner verteilt, mit den enormen zu erwartenden Verlusten aus diesen Geschäften wird die Berliner Bevölkerung belastet: Phantasielos und unverantwortlich gestaltet sich in diesem Sinne die Kürzungspolitik des sozialdemokratisch-sozialistischen Senates. Unter anderem sind Erwerbslose, SozialhilfeempfängerInnen, Jugendliche, Kitas, Selbsthilfeprojekte, MigrantInnen, Schulen und nicht zuletzt Universitäten die Leidtragenden solch zerstörerischer Politik.

#### Und nun?

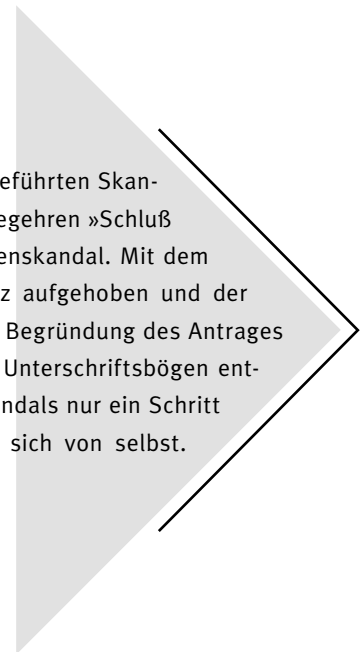
Von der Berliner Politik ist, was die Aufklärung des Bankenskandals betrifft, weiterhin nicht viel zu erwarten. Eine zahnlose Staatsanwaltschaft hat bisher keine nennenswerten Er-

gebnisse vorzuweisen, ein überforderter Untersuchungsausschuss tagt teilweise im Geheimen, d. h. die Bevölkerung wird die Ergebnisse dieses Ausschusses nur teilweise erfahren. Es wird versucht, einen Schlusstrich unter die skandalösen Ereignisse zu ziehen, gleichzeitig wird die bisherige Konzernpolitik weitergeführt. In Kauf genommen wird dabei die weitere Verschärfung der Haushaltsnotlage Berlins und die Aufwendung von Steuergeldern zu Gunsten privater Gewinne.

Auch ein Blick in den aktuellen Geschäftsbericht der Bankgesellschaft verheißt wenig Gutes. So wird zwar eine »Wende zum Besseren« versprochen, und die Sanierung des Konzerns mit öffentlichen Geldern wird als »erfolgreich weitergeführt« bezeichnet, jedoch sitzen mit Hans-Jörg Vetter, Johannes Evers und Norbert Pawlowski drei Hauptverantwortliche für das Bankdesaster im Vorstand. Dennoch tröstet uns folgende Feststellung: »Zum Prinzip der neuen Bankgesellschaft Berlin zählt ein ehrlicher Umgang mit der Vergangenheit.«

## was man tun kann

Eine Möglichkeit, den von Politik und Bankgesellschaft weitergeführten Skandal zu beenden, ist die Unterstützung des Antrages zum Volksbegehren »Schluß mit dem Berliner Bankenskandal!« der Initiative Berliner Bankenskandal. Mit dem Volksbegehren soll letztendlich das Risikoabschirmungsgesetz aufgehoben und der Konzern Bankgesellschaft Berlin aufgelöst werden. Die genaue Begründung des Antrages auf Zulassung des Volksbegehrens kann den nebenstehenden Unterschriftsbögen entnommen werden. Dass die Bereinigung des Berliner Bankenskandals nur ein Schritt hin zu einer politischen Neuorientierung sein kann, versteht sich von selbst.



**Unterschriftsbogen zum Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens**

für den Antrag des Trägers des Volksbegehrens

Initiative Berliner Bankenskandal (Hans-Jürgen Lindemann, Peter Grottian, Marlis Fuhrmann, Renate Heitmann, Samirah Kenawi)

Name

Prinzenallee 58 f, 13359 Berlin

Anschrift

zur Einreichung bei der Senatsverwaltung für Inneres.

**Antrag zum Volksbegehren „Schluß mit dem Berliner Bankenskandal!“****Hiermit wird beantragt, das Volksbegehren „Schluß mit dem Berliner Bankenskandal!“ zuzulassen. Es hat folgenden Wortlaut:**

Das Volk von Berlin hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

**Gesetz zur Neuausrichtung des öffentlich bestimmten Bankwesens in Berlin****§ 1 Aufhebung des sogenannten Risikoabschirmungsgesetzes**

Das Gesetz über die Ermächtigung des Senats zur Übernahme einer Landesgarantie für Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft der Bankgesellschaft Berlin AG und einiger ihrer Tochtergesellschaften vom 16. April 2002 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin S. 121) wird aufgehoben.

**§ 2 Auflösung der Bankgesellschaft Berlin AG**

Die Bankgesellschaft Berlin AG ist aufzulösen nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Bankgesellschaft Berlin AG ist in die Insolvenz zu führen.
2. Für alle Spar- und Giroeinlagen im Privatkundengeschäft der Bankgesellschaft Berlin AG und ihrer Tochtergesellschaften haftet das Land Berlin, soweit sie nicht anderweitig abgesichert sind.
3. Die Landesbank Berlin wird aufgelöst.
4. Die Sparkasse des Landes Berlin wird als Anstalt des öffentlichen Rechts wiederhergestellt.
5. Die Investitionsbank Berlin wird als Anstalt des öffentlichen Rechts weitergeführt.

**§ 3 Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

**Begründung des Antrages zum Volksbegehren siehe Rückseite****Unterstützungsunterschrift** Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen!

Ich unterstütze hiermit durch meine persönliche und handschriftliche Unterzeichnung den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens:

Familiename \_\_\_\_\_  
ggf. auch Geburtsname

Vorname(n) \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_  
alleinige Wohnung oder Hauptwohnung in Berlin am Tage der Unterschriftsleistung

Mir ist bekannt, daß für mich eine Bescheinigung über die Unterschriftsberechtigung eingeholt wird.

Berlin, den \_\_\_\_\_  
lesbare Unterschrift**Wichtiger Hinweis:** Unterschriftsberechtigt sind nur Personen, die am Tage der Unterzeichnung zum Abgeordnetenhaus von Berlin wahlberechtigt sind, d.h. alle Deutschen, die 18 Jahre alt, seit drei Monaten vor diesem Tag in Berlin mit alleiniger Wohnung oder mit Hauptwohnung angemeldet und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Personen, die nicht in einem Melderegister der Bundesrepublik Deutschland verzeichnet sind oder nicht seit drei Monaten vor dem Tag der Unterzeichnung im Melderegister in Berlin gemeldet sind, müssen mit der Unterzeichnung durch Versicherung an Eides Statt gegenüber dem Bezirkswahlamt glaubhaft machen, daß sie sich in den letzten drei Monaten überwiegend in Berlin aufgehalten haben.

Bei unleserlichen, unvollständigen oder fehlerhaften Eintragungen gilt die Unterstützungsunterschrift als ungültig. Das gleiche gilt bei Eintragungen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten. Unterschriften, die früher als sechs Monate vor dem Eingang des Antrages bei der Senatsverwaltung für Inneres geleistet wurden, sind ungültig.

Nicht vom/von der Unterzeichner/in ausfüllen!

**Ämtliche Bescheinigung:** Bezirksamt \_\_\_\_\_ von Berlin – Bezirkswahlamt –

Der/die Unterzeichner/in

 ist unterschriftsberechtigt ist nicht unterschriftsberechtigt, weil

Begründung in Kurzform

Im Auftrag

Dienstsiegel

Unterschrift, Datum



## **Initiative Berliner Bankenskandal**

---

### **Begründung des Antrages zum Volksbegehren „Schluß mit dem Berliner Bankenskandal!“**

1. Die Bankgesellschaft Berlin AG ist eine Fehlkonstruktion: Öffentliches Vermögen wurde einem Management unterstellt, das vom Abgeordnetenhaus und dem Senat nicht kontrolliert werden kann und sich demokratischer Kontrolle weiterhin entzieht. Eine solche Konstruktion, welche die gewählten Organe des Landes Berlin entmachtet, verstößt gegen fundamentale demokratische Regeln; sie ist demokratiewidrig.
2. Durch ihre verfehlte Geschäftspolitik hat sich die Bankgesellschaft zugrunde gewirtschaftet. Seit 1996 hat die Bankgesellschaft versucht, sich zu sanieren, und dabei die Risiken vervielfacht. Jetzt führt der Senat von Berlin diese Geschäftspolitik weiter. Das bedeutet: Ohne einen Beitrag zu den öffentlichen Aufgaben des Landes Berlin zu leisten, zehrt die Bankgesellschaft als ein parasitäres Gebilde die Landeskasse aus. Allein durch das sogenannte Risikoabschirmungsgesetz hat sich das bereits mit mehr als 52,2 Milliarden Euro (Stand: Mitte April 2003) verschuldete Berlin eine Last von weiteren 21,6 Milliarden Euro für Garantieansprüche aufgehald; das entspricht einem ganzen Jahreshaushalt des Landes Berlin. Ein derartiges Schuldengebirge ist gegenüber den nachfolgenden Generationen unverantwortlich.
3. Zweck des sogenannten Risikoabschirmungsgesetzes ist es, untragbare Bankschulden, die durch private Immobilienspekulationen entstanden sind, aus Steuermitteln zu bedienen. Das Land Berlin schützt mit solchem exzessiven Geldeinsatz die Vermögensinteressen von Bauträgern und privaten Kapitalanlegern zu Lasten des Gemeinwesens. Das hat mit Marktwirtschaft – gar mit sozialer Marktwirtschaft – nicht das Geringste zu tun. Hier werden im wahrsten Sinne „Verluste sozialisiert“. Der vom Senat verkündeten Sparpolitik fehlt somit jede Glaubwürdigkeit. Den Bürgerinnen und Bürgern werden die Kürzungen und Einschnitte in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur, Stadtentwicklung und Soziales mit der Notwendigkeit erklärt, den Haushalt zu konsolidieren. In Wirklichkeit werden private Renditeinteressen mit öffentlichen Mitteln in Milliardenhöhe geschützt.
4. Der in unserer Wirtschaftsordnung vorgezeichnete Weg für ein Unternehmen, das nicht mehr funktionsfähig und überlebensfähig ist, wie die Bankgesellschaft, ist der Gang in die kontrollierte Insolvenz. Sinn des Insolvenzverfahrens ist es, die Unternehmensteile der Bankgesellschaft, soweit sie am Markt bestehen können, zu erhalten und solche, die es nicht sind, zu liquidieren. Ziel ist, zu retten, was zu retten ist, und einen Schnitt zu machen, der verhindert, dass sich die Risiken weiter erhöhen. Ein anderer Weg ist mit dem Gemeinwohl nicht vereinbar.

Dieser Weg ist schmerzhaft sowohl für die Gläubiger – außer den Privatkunden mit ihren Spar- und Giroeinlagen, die abgesichert werden können – als auch für viele Beschäftigte, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Gleichzeitig bietet ein Insolvenzverfahren aber auch Chancen: Unter die verfehlte Bankenpolitik des Landes Berlin wird endlich ein Schlußstrich gezogen. Die tatsächlichen Verpflichtungen des Landes Berlin und der Bankgesellschaft werden festgestellt ohne Verkleisterung durch politische Gefälligkeit, unangebrachte Kulanz und falsche Rücksichten. Das gleiche gilt für die Ansprüche des Landes Berlin und der Bankgesellschaft, insbesondere die Ansprüche auf Schadensersatz wegen Veruntreuung von Vermögen der Bankgesellschaft. Nur wenn das Land Berlin sich von dem Mühlstein Bankgesellschaft an seinem Hals befreit, bekommt es auch eine Chance, anstatt der jetzigen destruktiven Politik des Sparens, Kürzens und Schließens Politik wieder zu gestalten, was dann auch neue – andere – Arbeitsplätze schaffen wird.

**Die Bereinigung des Berliner Bankenskandals kann zum Beginn werden für eine politische Neuorientierung in der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland.**



# Der Bankenskandal verschärft die Finanzmisere des Landes Berlin!

von hans-jürgen lindemann  
initiative berliner bankenskandal

**G**ibt es eine Steigerungsform von »Pleite«? Wohl nicht, denn mehr als Pleite geht nicht, oder doch? Das müssen sich Senat und Abgeordnetenhaus im April 2002 auch gefragt haben, um daher auf Druck des Bundesaufsichtsamtes für das Finanzwesen zu den bereits vorhandenen Schulden von ca. 48 Milliarden Euro (2194 Mill. Zinsen 2002) noch 21 Milliarden dazuzupacken, verteilt auf bis zu 30 Jahre. Jedes Jahr die notwendigen Millionchen, um die ca. 70 000 Anleger und die Bankgesellschaft zu friedenzustellen. Das ist die Art von feuchtfröhlichen Zechkumpanen: »Wirt, wir haben zwar kein Geld, doch bring uns schnell noch ne Lage, unsere Zeche zahlen aber andere.« Die Zeche zahlen sollen alle Steuerzahler im Land und im Bund (Länderfinanzausgleich), das heißt die, die ihre Steuerschuld nicht kreativ gestalten können, zum Beispiel so wie die Anleger (teils bis zu 250%) der Immobilienfonds der Bankgesellschaft oder die Bereiche (Universitäten, Schulen, Kitas, soziale Projekte, Kultureinrichtungen, Verkehr, Sicherheit, usw.), die im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung in den nächsten Jahren mit immer weniger Zuwendungen auskommen müssen oder die Beschäftigten, die in den genannten Bereichen Arbeitsplätze verlieren bzw. auf Entgeltteile verzichten müssen. Auch die meisten Mitarbeiter der Bankgesellschaft werden und wurden gezwungen, mit die Zeche zu übernehmen. Denn z.B. ist im Rahmen des sogenannten Sanierungskonzept-

tes für die Bankgesellschaft, das bei der EU in Brüssel zur Genehmigung vorliegt, vorgesehen, 4 000 Arbeitsplätze bis 2005 abzubauen und die Mitarbeiter verzichteten bereits »freiwillig« auf Teile ihres Entgeltes.

Auch wenn der Haushalt Berlins schon lange vor dem Bankdesaster dadurch geprägt war, dass die Ausgaben über den Einnahmen lagen, u.a., weil Politiker in unheiliger Allianz mit Unternehmern, speziell der Baubranche, für den Bankenskandal schon reichlich vorher geübt hatten, verschärft der Bankenskandal die Haushaltsnotlage in massivster Form!

Die Verantwortlichen werden zwar nicht müde, zu erklären, dass am Ende der 30 Jahre nicht die 21 Mrd. im Saldo stehen, sondern »bestenfalls« zwischen 3 und 6 Milliarden, als ob 3 Mrd. dank des geflügelten Wortes eines deutschen Bankers Peanuts seien. Doch keine Angst, wenn diese Gesellschaft mit der ausgeprägten Selbstbedienungsmentalität nicht gestoppt wird, sind die 21 Milliarden und eventuell mehr schneller erreicht, als diese Gesellschaft es selbst wollte.

Im Moment stemmt sich dagegen allerdings weit und breit nur das Volksbegehren der Initiative Berliner Bankenskandal! Wie es aussieht, auf gutem Wege. In Verbindung mit der Verfassungsrechtlichkeit des Haushaltes steht die Normenkontrollklage der Opposition beim Landesverfassungsgericht. Die zuständigen Richter sind wohl im Moment allerdings damit beschäftigt, die Klage nicht finden zu wollen. ❖

# Die pädagogischen Grenzen des Wachstums

Haushaltskrise, Studiengebühren und  
der Entwurf einer Bildungsreform –  
eine kritische Betrachtung

von manfred suchan

*»Alle materiellen und intellektuellen Kräfte, die für die Realisierung einer freien Gesellschaft eingesetzt werden können, sind da. Daß sie nicht für sie eingesetzt werden, ist der totalen Mobilisierung der bestehenden Gesellschaft gegen ihre eigenen Möglichkeiten der Befreiung zuzuschreiben.«* Herbert Marcuse 1967

In der nachbürgerlichen Epoche haben sowohl Arbeit als auch Bildung ihren ursprünglichen Sinn eingebüßt und werden zu einem Herrschaftsinstrument ausgebaut. Über Zugangsoptionen zu Arbeit und Bildung werden Lebenschancen und Positionen in der Gesellschaftshierarchie zugewiesen. Über sie erfolgt die Teilhabekontrolle. Die Gesellschaft wird gespalten. Die durch Studiengebühren regulierte Universität dient der Vergabe von Optionen auf Positionen in der Gesellschaft gemäß der individuellen Zahlungsfähigkeit.

In einer Gesellschaft, in der die Freiheit des Menschen als potentielle Gefahr angesehen wird, führt wissenschaftlich-technischer Fortschritt nicht zu seiner Befreiung, sondern dieser Fortschritt wird in die Errichtung neuer Formen von Herrschaft gelenkt. Der Kampf um menschliche Emanzipation beginnt so mit dem Kampf

um selbstbestimmte Arbeits- und Lernprozesse, um die Wiederaneignung des eigenen Lebens.

## Das Ende der Politik?

Die Berliner Senatskoalition war Ende 2001 mit dem ambitionierten Anspruch eines »Politikwechsels in der Wissenschaftspolitik« angetreten. Allzu offenkundig waren die Verhältnisse im Universitätsbetrieb zum Spiegelbild verfahrenerer Berliner Verhältnisse geworden. Doch der öffentlich-politische Druck marktradikaler Politiker, kapitalstarker Medienkonzerne, neokonservativer Think-Tanks scheint keinen Handlungsspielraum für einen politischen Neuanfang zu lassen.

Die jetzigen Überlegungen des Berliner Senats zur Einführung von Studiengebühren für sogenannte Langzeitstudierende (vgl. Morgenpost vom 19.6.03) stellen eine weitere Bankrotterklärung dar. Anstatt die Ursachen der Berli-

ner Haushaltskrise aufzuarbeiten, die sich u.a. im Berliner Bankenskandal (vgl. [www.berlinerbankenskandal.de](http://www.berlinerbankenskandal.de)) eindrucksvoll manifestieren, wird eine konzeptionslose Kürzungspolitik betrieben und Politiker überbieten sich mit Kürzungsplänen. Statt Politik aktiv zu gestalten, sieht sich der Senat genötigt, mangels Spielräumen die (wissenschafts-) politischen Utopien seiner politischen Gegner umsetzen zu müssen.

So will Wissenschaftssenator Thomas Flierl (PDS) bis zum Jahr 2006 im Rahmen eines Studienkontenmodells Gebühren für sog. »Langzeitstudierende« in Höhe von 500 Euro pro Semester einführen. Die geplanten Einnahmen durch Studiengebühren in Höhe von 5 Mio. Euro werden jedoch nicht den Hochschulen zugute kommen, da gleichzeitig die Zuschüsse an die Universitäten bis zum Jahre 2009 um 100 Mio. Euro gekürzt werden sollen (vgl. Berliner Zeitung vom 21./22.6.03). In Anbetracht einer Verschuldung des Landeshaushalts in Höhe von 50 Mrd. Euro reicht diese Summe bei weitem nicht. Nun drängt der Senat schon für das Jahr 2005 auf Einnahmen durch Studiengebühren in Höhe von 10 Mio. Euro (vgl. Tagesspiegel vom 30.8.2003).

### **Politik als Mißstandsverwaltung**

Zukunftsfähige und richtungsweisende Konzepte sind in der derzeitigen Berliner Wissenschaftspolitik kaum auszumachen. Ziel der Berliner Wissenschaftspolitik sei es nach Flierl lediglich, »einen Beitrag der Hochschulen zur Konsolidierung des Landeshaushalts« zu leisten. Politik reduziert sich auf Verwaltung des übernommenen Mangels. Wahllos anmutende Kürzungen werden in mißbräuchlicher Weise mit dem Begriff »Reform« belegt, womit die Reformtradition der Berliner Hochschulen diskreditiert wird.

Der Wissenschaftssenator nennt sein Studiengebührenmodell »Berliner Modell«, doch mit genau diesem haben seine Vorstellungen nichts zu tun. Als Berliner Modell wird bislang der Hochschulreformanspruch der (west-) berliner Universitäten TU und FU verstanden, nach dem

Versagen der Universitäten vor dem Faschismus und dem Mißbrauch der Wissenschaft vor 1945 ein neues Wissenschaftsverständnis in gesellschaftlicher Verantwortung zu begründen. Mit diesem Verständnis hat Flierls »Berliner Modell« nichts gemein, es verschweigt und vergißt jene Reformansätze vielmehr.

### **Entmündigung in der Lernfabrik**

Der Berliner Wissenschaftssenator spricht im Rahmen der Einführung von Studiengebühren von einem »Paradigmenwechsel«. Studierende würden in Zukunft »Kunden« an der Universität sein. Doch dies ist ein Paradigmenwechsel hin zu einem technokratischen Lehrbetrieb ohne Bildungsanspruch. Nach Effizienzkriterien und betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkulationen folgt hier die Taylorisierung des Studiums. In der künftigen Lernfabrik werden Studierende zu einem Werkstück, dem in Modulen dosiertes und genormtes Wissen ohne Bildung appliziert wird. Das, was Bildung sein könnte, wird von einem Bürgerrecht (endlich wieder) zu einem knappen, schwer lokalisierbaren Gut. Die Menschen werden entmündigt; ihnen wird vorgeschrieben werden, was und wieviel sie wissen (=studieren) dürfen. Solcherart sich etablierende Experten werden künftig die freie Entfaltung nichthierarchischer Kompetenz blockieren.

In der neuen Lernfabrik geht es längst nicht mehr um Bildung. Es geht um Optionen auf Positionen in der Gesellschaftshierarchie. Und diese werden nun nicht mehr alleine über erfolgreiche Anpassungsleistung, sondern über individuelle Zahlungsfähigkeit (als gewissermaßen erweiterter Anpassungsbegriff) zugeteilt. Es ist die Kommerzialisierung. Die Positionen in einer neuen Klassengesellschaft sind an der neuen Universität käuflich zu erwerben. In der Universität neuen Typs findet (wieder) eine Selbstrekrutierung der gesellschaftlichen (Funktions-)Elite und die Abgrenzung der politischen Klasse vom Rest der Gesellschaft unter technischen Bedingungen statt. Die Universität ist tot. Doch sie wird weiter aufrecht erhalten und als Herrschaftsmodell radikalisiert.

### **Verschulung und Fabrikgesellschaft**

Diese Umgestaltung der Universität bewirkt einen grundlegenden Wechsel des Status der Studierenden. Mit dem Rollenwandel vom (formal) gleichberechtigten Universitätsbürger hin zum Kunden vollzieht sich ein Wechsel vom Subjekt zum Objektstatus. Studierende sind nicht mehr Mitglieder der Universität als einem politisch regulierten und kulturstaatlich verfaßten, mehr oder weniger demokratischen Gemeinwesen, mit einklagbaren Rechten sowie Partizipations- und Vertretungsanspruch. Entsprechend dem neuen Leitbild wird ihr Aufenthalt als prinzipiell der Universität Außenstehende zukünftig nur entsprechend ihrer individuellen Zahlungsfähigkeit geduldet. Studiengebühren und Chipkartensysteme regulieren den Zugang zur profitorientierten Leistungsuniversität.

Die Universität ist nicht länger sozialer Anlaß und kommunikativer Ort. Sie wird zu einem Teil einer Fabrikgesellschaft transformiert, um deren Fortexistenz über ihr eigentliches Ende hinaus aufrechtzuerhalten. Verschulung bedeutet weniger Lernen innerhalb der gesellschaftlichen Zusammenhänge, Lernmöglichkeiten aus dem alltäglichen Leben werden abgezogen.

Dagegen steht der jahrzehntelange Kampf der Studierenden um mehr Freiheit zum Lernen, mit dem Ziel, sich die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen selbst anzueignen, um sie selbstbestimmt gestalten zu können. In Autonomen Seminaren und Projektstudien schuf sich dieses Bedürfnis seine institutionelle Basis. Doch selbsterworbenes Wissen scheint nicht in das Schema der herrschenden Kultur zu passen, sei es noch so nützlich, und es wird nicht nur nützlich, sondern vonnöten sein. Es paßt nicht hinein, weil es nicht in die hierarchische Arbeitsteilung paßt, die für den Kapitalismus charakteristisch ist. Es gilt nur das als anerkanntes und respektables Wissen, was in überwachten Institutionen geplant und unter Kontrolle von Experten vermittelt wird, die gewährleisten, daß das Wissen in standardisierter Form einen lizenzierten Bedarf erfüllt. Die Vorstellung auto-

men, selbstbestimmten Lernens erscheint unmöglich, der Wunsch abwegig.

### **Mythos Langzeitstudien**

Sicher nicht zufällig stehen im Zentrum der Studiengebührendebatte sog. »Langzeitstudierende«. Zu langen Studienzeiten führen allerdings die unterschiedlichsten Ursachen, von denen lediglich ein geringer Teil von den Studierenden selbst beeinflußt werden kann. So brauchen Studierende mit niedrigerer sozialer Herkunft und gering verdienenden Eltern deutlich mehr Zeit für ihr Studium, da sie überwiegend finanziell schlecht ausgestattet sind und insbesondere in der Studienabschlußphase eine oft komplette Selbstfinanzierung durch Erwerbsarbeit leisten müssen. Die Förderung nach BAföG endet häufig genau dann, wenn in der Studienabschlußphase in besonderem Maße eine Studienfinanzierung vonnöten ist. Schlechte finanzielle Ausstattung ist somit die zentrale Ursache für längere Studienzeiten.

Zudem unterscheidet sich nicht nur die Studiendauer zwischen den Fächern einer Universität erheblich, sondern ebenso innerhalb eines Faches an verschiedenen Universitäten allein schon aufgrund unterschiedlicher Studien- und Prüfungsverhältnisse. Wechsel des Studiengangs oder des Hochschulorts, Berufspraktika, Auslandssemester, aber auch Kindererziehung, Betreuung Pflegebedürftiger, ehrenamtliches Engagement oder Krankheit und Behinderung verlängern die Studiendauer. Eine klare Definition des Begriffs »Langzeitstudium« ist letztlich nicht möglich. Zu unterschiedlich sind die jeweiligen Studienbedingungen und zu individuell die einzelnen Studienbiographien. Die willkürliche Setzung einer sogenannten »Regelstudienzeit« negiert jegliche soziale Realität.

### **Langzeitstudierende als Sündenbock**

Die geplanten Langzeitstudiengebühren sind ein erster Schritt auf dem Weg zu allgemeinen Studiengebühren. Sie sind eine willkürliche Benachteiligung einer Minderheit von Studierenden, die den Universitäten in Wirklichkeit keine

zusätzlichen Kosten verursacht. Langzeitstudierende nutzen in aller Regel die öffentlich-institutionellen Ressourcen nicht häufiger oder intensiver als andere Studierende. Sie brauchen lediglich aus den unterschiedlichsten Gründen länger als andere Studierende für ihr Studium. Gerade Langzeitstudierende sind zudem in vielfältiger Weise an der Universität und in der Stadt sozial und politisch engagiert. Als einziger Effekt ist durch die Einführung von Langzeitstudiengebühren ein Anwachsen der Studienabbruchrate zu erwarten. Der Mehrheit der sog. Langzeitstudierenden wird damit der Weg zu einem berufsqualifizierenden Abschluß verbaut. Sie müssen als Ungelernte die Universität verlassen und auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren. Wissenschaftssenator Flierl riskiert mit seinen Studiengebührenplänen eine vielfältige Zerstörung von Lebensentwürfen und Entwertung von Biographien.

### **Generation Schrott**

Langzeitstudierende sind schon in der Vergangenheit unverhältnismäßig benachteiligt worden. 1982 beschloß die Regierung Kohl neben anderen unsozialen Einschnitten die BaföG-Volldarlebensregelung: StudentInnen der Jahre 1983 bis 1990 erhielten ihr BaföG als Volldarlehen, während StudentInnen seit Herbst 1990 nur die Hälfte ihres BaföG zurückzahlen müssen und diejenigen vor dem Herbst 1983 fast den gesamten Betrag bezuschußt erhielten (vgl. [www.bafoegini.de](http://www.bafoegini.de)). Bei einer durchschnittlichen Förderungsdauer von 10 Semestern liefern so bei den betreffenden Studierenden bis zu 65 000 DM an BaföG-Schulden auf. Nun sollen noch Gebühren für Langzeitstudierende in Höhe von bis zu 1000 Euro pro Semester hinzukommen, andernfalls Zwangsexmatrikulation und Studienabbruch droht. Eine ganze Generation wird dafür bestraft, daß sie ihr Grundrecht auf Bildung wahrnimmt. Hochverschuldet, ohne Qualifikation und Berufsabschluß werden Studierende auf einen Arbeitsmarkt geworfen, der mehr und mehr versagt.

### **Wissenschaft und Verantwortung**

Der Berliner Wissenschaftssenator Flierl will »weg von Strafgebühren« und fordert »Leistungsanreize und Motivation für ein zügiges Studium«. Doch dafür sind Studiengebühren, die ausschließlich die Verweildauer an den Universitäten negativ sanktionieren, lediglich die Studienabbruchzahlen in die Höhe treiben und die Ursachen längerer Studienzeiten ausblenden, denkbar ungeeignet. Was neben einer finanziellen und sozialen Absicherung des Studiums zur Motivation fehlt ist ein politisches Projekt, sind zukunftsfähige Perspektiven für einen notwendigen sozialen und ökologischen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft, entgegen der herrschenden Politik einer technokratischen Modernisierung. Zunehmender Leistungsdruck beschleunigt lediglich den rasenden Stillstand der Verhältnisse.

Vor dem Hintergrund der Berliner Verhältnisse sei hier an die Entwürfe von Flierls Amts- und Fachkollegen, dem ehemaligen Hamburger Wissenschaftssenator (1984–87) K. M. Meyer-Abich erinnert, der u.a. in seinem Buch »Wissenschaft für die Zukunft« Aufgaben und Perspektiven einer zukunftsfähigen Wissenschaft aufgezeigt hat. Meyer-Abichs Entwürfe zur Erneuerung der politischen Kultur sind heute aktueller denn je und demonstrieren, in welchem erschreckenden Ausmaß sich seither Rückschritte nicht nur in der Wissenschaftspolitik ereignet haben. An der FU Berlin steht hierfür exemplarisch die Abwicklung der Projektstudien im vergangenen Jahr, die den Anspruch selbstbestimmten Studierens und einer Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung verkörpern.

### **Von der Fabrik zur Lernfabrik?**

Der jahrzehntelange Reformstau hat sich zu einer komplexen Krise ausgeweitet. Ohne den entschlossenen Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft ist auch eine Lösung der ökologischen Krise versperrt. Der Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft darf jedoch nicht den Einstieg in neue Formen

des Zwangs und der Kontrolle einer formierten Lerngesellschaft bedeuten.

Nie lag das Reich der Freiheit so nahe wie heute. Alle materiellen und intellektuellen Kräfte, die für die Realisierung einer freien Gesellschaft eingesetzt werden können, sind da. Der Alternative dieser historischen Lage kann sich auch die Universität nicht entziehen. Entweder wirkt sie mit an der dynamischen Weiterentwicklung zur sozialen Demokratie und der Demokratisierung der Gesellschaft, oder sie wird Instrument in einer Entwicklung zu autoritären Gesellschaftsformen. Ihren eigenen Anspruch der Aufklärung, Mündigkeit und Selbstbestimmung der Menschen in einer vernünftigen, freien Gesellschaft zu verwirklichen, müßte sie im zweiten Fall jedoch vollends aufgeben.

#### ■ Weiterführende Literatur zum Thema:

- Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) 2001: Gebühren für „Langzeit“-Studierende? – Fakten zur Debatte. Bonn. (= Schriftenreihe des ABS Heft 3).*
- Berliner Initiative gegen Bafög-Volldarlehensregelung 2000: Das Bafög-Volldarlehen 1983–1990 und seine Rückzahlung. Berlin. (siehe: [www.bafogini.de](http://www.bafogini.de)).*
- Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi); freier Zusammenschluss der studentInnenenschaften (fzs) 2002: Bildungsfinanzierung – BdWi-Studienheft. Marburg.*
- Dauber, Heinrich; Verne, Etienne (Hg.) 1976: Freiheit zum Lernen – Alternativen zur lebenslänglichen Verschulung. Die Einheit von Leben, Lernen, Arbeiten. Reinbek.*
- Goetz, André 1975: Der Wissenschaftler als Arbeiter. In: Technologie und Politik – Das Magazin zur Wachstumskrise 2. S. 5–20.*
- Goetz, André 1983: Wege ins Paradies – Thesen zur Krise, Automation und Krise der Arbeit. Berlin.*
- Hoff, Benjamin; Sitte, Petra (Hg.) 2001: Politikwechsel in der Wissenschaftspolitik? – Ein Lesebuch. Berlin.*
- Hufer, Klaus-Peter; Klemm, Ulrich 2002: Wissen ohne Bildung? – Auf dem Weg in die Lerngesellschaft des 21. Jahrhunderts. Neu-Ulm.*
- Illich, Ivan 1972: Entschulung der Gesellschaft – Entwürfe eines demokratischen Bildungssystems. Reinbek.*
- Illich, Ivan et al. 1979: Entmündigung durch Experten – Zur Kritik der Dienstleistungsberufe. Reinbek.*
- Informationsausschuß 1989: FU-Berlin – Ein pechschwarzes Gebilde. Berlin.*
- Jungk, Robert; Müllert, Norbert R. 1989: Zukunftswerkstätten – Mit Phantasie gegen Routine und Resignation. München.*
- Kröger, Fabian; Schulz, Christoph; Schwerin, Alexander v. ; Wagemann, Uta (Hg.) 2002: Angewandte Genetik – Gene zwischen Mythos und Kommerz. Berlin.*
- Marcuse, Herbert 1980: Das Ende der Utopie – Vorträge und Diskussionen in Berlin 1967. Frankfurt/M.*
- Meyer-Abich, Klaus Michael 1988: Wissenschaft für die Zukunft – Holistisches Denken in ökologischer und gesellschaftlicher Verantwortung. München.*
- Rose, Mathew D. 1998: Berlin – Hauptstadt von Filz und Korruption. München.*
- Rose, Mathew D. 2003: Eine ehrenwerte Gesellschaft – Die Bankgesellschaft Berlin. Berlin.*

# Bildung für alle? Studiengebühren für alle!

Bafög abschaffen, Bildungsdarlehen entwickeln: Die Rede des Hamburger Wissenschaftssenators Dräger vor der bayerischen Rektorenkonferenz

**A**m 27. März hat der Hamburger Wissenschaftssenator Jörg Dräger in München ein weiteres Studienfinanzierungsmodell vorgestellt. Mit seinen Ausführungen versuchte er, allgemeine Studiengebühren bundesweit salonfähig zu machen und Gebührenkritikern das Argument der sozialen Selektion zu entziehen.

Alle Studierenden sollen in die Lage versetzt werden, bis zu 2 500 Euro Gebühren pro Jahr zahlen zu können. Etwa ein Drittel der Studierenden wird dazu ein elternunabhängiges Darlehen von durchschnittlich 6 500 Euro in Anspruch nehmen; die Schulden sollen nach dem Studium einkommensabhängig zurückgezahlt werden.

Das Tolle dabei: Der Staat zahlt keinen Cent drauf, wenn man zur Finanzierung der Rückzahlungsausfälle und der während des Studiums anfallenden Zinsen den bisherigen BAföG-Etat nimmt und das bislang noch an die Eltern gezahlte Kindergeld streicht. Außerdem wäre das Modell nicht nur fair (Akademiker verdienen später mehr), sondern auch noch vollkommen sozialverträglich und schmeißt die Arbeiterkinder nur so auf die Uni. Denn, so Dräger: Weil Deutschland trotz Gebührenfreiheit eine vergleichsweise niedrige Akademikerquote aufzuweisen hat, kann man diese mit der Einführung von Studiengebühren erhöhen. Oder anders ausgedrückt: Je schwieriger etwas wird, um so mehr wollen das die Schulabgänger. Hochschulbildung ist aber kein Abenteuerurlaub, sondern ein Privileg, das immer noch viel zu wenig gewährt wird.

Darüber hinaus ist es geradezu absurd zu glauben, dass zwei Drittel der Studierenden derartige Studiengebühren – und ihren Lebensunterhalt – mit Hilfe von Papi, Oma oder gar aus

eigener Nebentätigkeit finanzieren könnten. Da haben es doch jene gut, die kein BAföG mehr bekommen, aber 6 500 Euro Darlehen – jedes Jahr! Während der Studienzzeit bezahlt einem der Staat sogar noch die Zinsen. Toll, was? Nach Abzug der Studiengebühren bleiben immerhin ganze 4 000 Euro p.A. zum Leben übrig, mehr als 333,- im Monat. Die Vorstellung, am Ende des Studiums vor einem gigantischen Schuldenberg zu stehen, zieht sogenannte »bildungsferne Schichten« übrigens magisch an, etwa so wie hohe Studiengebühren.

Das Argument, wer später mehr verdient, müsse dafür auch zahlen, ist in mehrfacher Hinsicht peinlich: Studierende leben immerhin einige Jahre nahe der Armutsgrenze, bevor sie als Hochschulabsolventen ihren Arbeitsmarktvorteil ausspielen können. Außerdem wäre mehr Bildung doch auch gesamtgesellschaftlich gesehen gar nicht so verkehrt.

Es ist nicht schwer, hinter der hübschen Fassade elternunabhängiger Bildungsdarlehen Drägers wahre Interessen zu erkennen. Studierende sollen sich als Kunden begreifen, die mit ihrer Ausbildung an der Trainingsinstitution in ihr eigenes »Humankapital« investieren. Dieser Ideologie des totalen Marktes folgte jüngst auch Berlin, hier allerdings mit der Forderung nach allgemeinen Studiengebühren von »nur« 1 000 Euro. Ach ja, und natürlich könnten die Hochschulen so bis zu 2 500 Euro Studiengebühren pro Jahr und StudentIn kassieren, müssten dem Staat nicht mehr gar so schwer auf der Tasche liegen und könnten endlich, wie es sich für richtige Unternehmen gehört, um die Kunden wetteifern und in der Konkurrenz zueinander bestimmt viel besser, freier und gesamtgesellschaftlich nützlicher bilden, als wenn sie gesamtgesellschaftlich finanziert würden. ❖

# Sozialkritische Wissenschaft

# O D E R

## unternehmensgleiche Hochschule

von martin dolzer

**W**issenschaftssenator Jörg Dräger (parteilos) versucht zur Zeit, als Teil des Regierungsprogramms des Rechtssenats Hamburgs, die Hochschulen der Hansestadt in unternehmensgleich organisierte Elitezentren zu verwandeln. Instrumente dazu sollen ein Hochschulmodernisierungsgesetz (HochModernGesetz) und der Bericht einer sogenannten Gutachterkommission sein. Diese Pläne reihen sich nahtlos in die

von der CDU-, Schill-, FDP-Regierung betriebenen Kürzungen sozialer Projekte, die Vertreibung von Obdachlosen und Bettlern aus der Innenstadt und die Zerstörung selbstbestimmter Wohn- und Lebensformen ein. Einem derartigen Vorgehen liegen die Pläne zum Ausbau Hamburgs zur wirtschaftlichen Metropole europäischer Größenordnung unter dem Gesichtspunkt der Standortkonkurrenz sowie ein reaktionäres, sozialdarwinistisches Menschenbild zugrunde. All das entspricht im wesentlichen den Vorstellungen der Handelskammer.

Durch das HochModernGesetz, das laut Ankündigung im April 2003 mit Zustimmung auch von SPD und Grünen weitgehend unverändert durch die Bürgerschaft gewunken wird, sollen Hochschulräte etabliert werden, die die derzeit ständedemokratisch organisierte akademische Selbstverwaltung der Hochschulen in ihren Kompetenzen ersetzen sollen. Meist sind derartige Ersatzgremien wirtschaftlich dominiert. Beispiele dafür gibt es in Bayern und Ba-



den-Württemberg, wo eine solche Organisationsform schon lange existiert, genug. Des weiteren sind im Gesetzentwurf die erleichterte Exmatrikulation »nicht passender« StudentInnen (schon jetzt versuchen einige Politiker in der Hansestadt hinter den Kulissen kritische StudierendenvertreterInnen zu diffamieren und die Hochschulen zu Repressionen gegen sie zu bewegen) sowie Studiengebühren für Langzeitstudierende und StudentInnen ohne ersten Wohnsitz in Hamburg vorgesehen. Zur Zeit prüfen die Asten ob letzteres nicht verfassungswidrig ist.

### **Die Kommission oder**

#### *undemokratisch tagt sich's besser*

Die sogenannte Strukturkommission, die jeglicher demokratischen Organisationsform entbehrt und unter Vorsitz von Klaus von Dohnanyi seit Sommer 2002 hinter verschlossenen Türen tagte, hat am 30. Januar 2003 ihren Bericht zur »Strukturreform für Hamburgs Hochschulen« zuerst der Presse und dann den Hochschulen vorgelegt. Die Springerpresse dient der Regierung derzeit quasi als Informationsorgan. Die Betroffenen werden nachrangig über sie betreffende Maßnahmen informiert. In der Kommission saßen neben Vorstandsmitgliedern von BMW und Schering sowie Detlev Müller Böling vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), das von Bertelsmann finanziert wird, bis auf eine Ausnahme ausschließlich Wirtschaftslobbyisten und VertreterInnen neoliberaler Wissenschaftskonzepte. Der Auftrag Drägers an die Kommission bestand darin, ein, an einem künstlichen Sparzwang orientiertes, Konzept zur Reform der »Hochschullandschaft« zu entwerfen. In wie weit Bildung – und z.B. nicht Krieg, eine Olympiastadt oder Unternehmen durch Subventionen – vom Staat finanziert wird/werden ist m. E. durch politischen Willen bedingt. Die Lehranstalten sollen, geht es nach den Vorstellungen des Wissenschaftsmanagers mit Politikinteresse (Selbstbezeichnung Drägers), in Konkurrenz zueinander stehen und agieren. Die Möglichkeit von gegenseitiger Ergänzung durch unterschiedliche Ausrich-

tung der Studien- und Forschungsmöglichkeiten zieht er nicht in Erwägung. Die gesellschaftliche Analyse, auf der der Bericht basiert, stammt von der Unternehmensberatungsfirma McKinsey, die ähnlich wie das CHE, als Vordenker und Durchsetzungshilfe neoliberaler Konzepte und Strategien fungiert. Die Reformideen orientieren sich dementsprechend an einer virtuellen Arbeitsmarktvermutung für das Jahr 2012, die nach Einschätzungen von SoziologInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen keine wissenschaftliche Grundlage erkennen lässt.

Die Kommission tagte dreimal und hielt es nicht für nötig die Hochschulen zu besuchen und deren VertreterInnen oder FachbereichsvertreterInnen, mit ihrem Wissen um Stärken und Schwächen des eigenen Tätigkeitsbereiches angemessen in ihre Diskussion einzubeziehen. Neben McKinseys fragwürdiger Analyse waren zwei Gespräche Dohnanyis mit den jeweiligen Hochschulleitungen die einzigen spezifischen Anhaltspunkte für die »Reformvorschläge«. Die Sensibilität für Wissenschaftsabläufe und deren realistische Veränderbarkeit fehlt dem Konzept daher weitgehend. Studierende waren in dem Prozess, außer in einem lang erkämpften und wenig fruchtbaren Gespräch mit Herrn Dohnanyi, nicht einbezogen. Ideen und schriftliche Ausarbeitungen der Landes-Asten-Konferenz und den FachschaftsvertreterInnen wurden vom Wissenschaftssenator zwar angehört, nicht aber berücksichtigt. Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen vollzieht sich der Wandel von demokratischer Teilhabe zum Recht auf Mitwirkung ohne Entscheidungskompetenz und reale Bedeutung auch in der Organisation und Gestaltung der Wissenschaftsabläufe immer rücksichtsloser.

### **Der Bericht der Kommission oder**

#### *auch schön formuliert, sind Studiengebühren und Selektion unsozial*

Der Bericht, der in der Springerpresse sowie von vielen Konservativen als richtungweisend und kompetent gepriesen wird, soll nun erst einmal in der klausur- und vorlesungsfreien Zeit in den

Hochschulen diskutiert werden. Das ist ein bundesweit übliches Verfahren um studentischen Widerstand einzudämmen. Intention der, von zwanzig Jahre alten neoliberalen Konzepten aus dem anglo-amerikanischen Raum inspirierten, »Reformer« ist die Gestaltung der Wissenschaft nach den Richtlinien vom European Roundtable of Industrialists (ERT) – einem Zusammenschluss von VertreterInnen der 47 größten europäischen Konzerne-, CHE und der Handelskammer.

Gravierende Komponenten der Pläne sind:

- Abwicklung von über 30% der Studienplatzkapazitäten
- Streichung von 40% der Studienplätze in den Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften
- Die Neuorganisation der Universität Hamburg in ca. 13 Schools, statt der bisher 18 Fachbereiche
- Die Zerschlagung der HWP- und die Neuordnung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften unter dem Dach der Universität (Die HWP mit ihren sozialkritischem, interdisziplinärem Studium und 40% StudentInnen ohne Abitur sowie einem Anteil von 20% nicht Deutscher ist Kapitalvertretern schon lange ein Dorn im Auge.)
- Studiengebühren für sogenannte Langzeitstudierende und nicht Hamburger
- Die Einführung eines verpflichtenden Auslandsstudiumsabschnitt für alle Studierenden.
- Die umfassende Etablierung von konsekutiven Bachelor- und Master-Studiengängen mit zusätzlicher Prüfung zur Aufnahme in die Master
- Studiengebühren und eine »Durchlassquote« von fachspezifisch 30–70% für die Master
- Die Abschaffung der Zulassung zum Studium über die Zentrale-Verteilungs-Stelle (ZVS). Stattdessen Auswahlrecht der Hochschulen
- Ein restriktiv gestaltetes Prüfungssystem

Insgesamt sind die Vorschläge offensichtlich inkonsistent. Problematisch ist allerdings, dass einzelne Ideen der Kommission ohne Hintergrundwissen fortschrittlich oder sogar sozial anmuten,

dieses aber im Kontext und in anbetracht der Gesamtzielrichtung gesehen nicht sind. So fordert das Scheingremium mehr Interdisziplinarität und die Öffnung des Hochschulzugangs für Nicht-AbiturientInnen. Gute Idee! Was dahinter steht ist aber die teilweise Abwicklung – oder die Degradierung – der Sozial- und Geisteswissenschaften zu Nebenfächern und die verschärfte Selektion im Bildungszu- und fortgang. Dass für ein Studium das Abitur nicht Grundvoraussetzung sein soll, erfreut sicher viele, die der Meinung sind das ArbeiterInnenkinder studieren können sollten. Wenn aber gleichzeitig über 30% der Studienplätze abgebaut werden, obwohl schon jetzt in vielen Fachbereichen die StudienplatzbewerberInnenzahl die Kapazitäten um mehr als das fünffache übersteigt, wird durch eine Aufnahmeprüfung nicht, wie das an der HWP praktiziert wird, der Hochschulzugang für Menschen aus »bildungsfernen« Schichten geöffnet, sondern dieser im Zusammenhang mit der Einführung von Studiengebühren gänzlich verhindert.

**Die Inhalte von Forschung und Lehre oder ohne sozialkritische Wissenschaft lassen sich Großmachteliten besser »bilden«**

Die Lehrinhalte von Hochschulbildung und -forschung sollen, geht es nach Dräger und Dohnanyi, maßgeblich von wirtschaftlichen Interessen bestimmt werden. Diese Entwicklung, die sich seit die Regierung Kohl 1989 als Leitwissenschaft definierte immer stärker durchsetzt, findet in dem Vorhaben der Kommission ihren vorläufigen Höhepunkt. Mit Bachelor-/ Masterstudiengängen in der geplanten Form soll ein großer Teil der finanziellen Verantwortung für Ausbildung von den Unternehmen auf die Hochschulen übertragen werden, wobei das Kapital über Hochschulräte und Drittmittel die Inhalte von Forschung und Lehre dominiert. Hier wird das von der OECD, in der Studie Bildung auf einen Blick 2002, so hochgelobte duale Ausbildungssystem ausgehebelt. Nach dem Bachelor sollen 30–70% der StudentInnen aussortiert werden und sofort dem Ar-

beitsmarkt oder den Traineeprogrammen der Unternehmen zur Verfügung stehen. Sozialkritische Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung und das Grundrecht auf Bildung für Jede und Jeden hat in diesen Konzepten kaum Platz. Die Hochschule auch als Stätte der Persönlichkeitsentwicklung zu betrachten kommt den VerfasserInnen der »Strukturreform« nicht in den Sinn. So orientiert die Dohnanyi Kommission auf die Stärkung technischer Fächer und Lehrinhalte bei gleichzeitiger Reduzierung von Kultur-, Geistes- und Sozialwissenschaften. Ein Beispiel: Die an der HWP zum Teil noch praktizierte gleichberechtigte, interdisziplinäre Lehre von Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie Recht, soll der endgültigen Dominanz wirtschaftlicher Fächer weichen – mit Geistes und Sozialwissenschaften als Nebenfächern. In anbeacht der hohen Akzeptanz des bundesweit einmaligen Abschlusses auf dem Arbeitsmarkt, ist diese Orientierung bei den selbstgesteckten Zielen der Dohnanyi Kommission eine Farce. Der Wissenschaftssenator selbst begann seine Karriere als Geschäftsführer des NIT, der Eliteauskoppelung der TU Harburg, an der ca. 7000 Euro Studiengebühren im Semester erhoben werden. So erklärt sich auch sein Faible für Eliteneinstitute mit »technischer« Dominanz. Ein Versuch, alle Hochschulen eines Bundeslandes entsprechend zu organisieren, muss allerdings fehlschlagen.

### **Der Mensch oder**

*ich habe viele Schwestern,  
ich habe viele Brüder*

Die Menschen werden in den wissenschaftspolitischen Konzepten Drägers als verwertbare Objekte betrachtet, die sich als Kunden den Zugang zur Ware Bildung erkämpfen müssen. Ihre Bedürfnisse sowie die Möglichkeiten der Persönlichkeitsentfaltung oder ein Recht auf Bildung werden in den Empfehlungen der Dohnanyi-Kommission ignoriert. Auch die Möglichkeit demokratischer Teilhabe in einer friedlichen, solidarischen Gesellschaft werden nicht erwähnt. Lehrensätze, wie sie etwa in Skandinavien er-

folgreich praktiziert werden, in denen motivierendes und forschendes Lernen, der Ausgleich von Defiziten und die Förderung von Stärken der Lernenden im Mittelpunkt stehen, wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Demgegenüber geben die StudentInnen der HWP in einem Leitbild (zu beziehen unter [marinion@gmx.de](mailto:marinion@gmx.de)) und eine hochschulübergreifende Diskussionsgruppe in einem Papier sinnvolle Anregungen für vernünftige Reformen.

### **Fazit**

Reformen sollten Verbesserungen für alle Menschen bewirken. Die Strukturreform wie sie der Rechtssenat plant und durchsetzen will, hilft nur wenigen, insbesondere den Großunternehmen und der Handelskammer. Deshalb ist Widerstand gegen das Hochmodergesetz und die Pläne der Strukturkommission nötig. Erste Demonstrationen und kreative Aktionen fanden Ende Januar und Anfang Februar statt. Im April hoffen wir auf einen Streik an allen Hochschulen und im Gesamt auf breite gesellschaftliche Unterstützung.

Einige Grundvoraussetzungen für eine vernünftige Gestaltung von Wissenschaft und Forderungen der Studierendenvertretungen sind:

- Die umfassende Finanzierung der Bildungsinstitutionen durch den Staat
- Die ausreichende Bildungsfinanzierung für Jede und Jeden (zur Zeit erhalten nur 12 % der StudentInnen BaföG, ca. 1 % Stipendien)
- Die demokratische Organisation der akademischen Gremien
- Wissenschaft muss weiterhin in gesellschaftlicher Verantwortung stehen
- Wissenschaft muss der Persönlichkeitsentwicklung und der Qualifikation dienen

Der Bericht der Strukturkommission muss in jedem Punkt zurückgewiesen werden. Wie weit diese Zurückweisung gelingt, hängt vom studentischen und gesellschaftlichen Widerstand ab. Auch im Schulsystem stehen privatisierende Veränderungen bevor. Eine Vernetzung des Agierens wäre deshalb sinnvoll. ❖

von wolf-dieter narr

# Der Orientierungspunkt des Maulwurfs

Ein (letzter) Radikaler und intellektuell souveräner Seiltänzer.  
Zum Tod des Berliner Politologen Johannes Agnoli

»Nicht nur der Markt weitet sich aus, sondern auch die Aporie: im Denken, im Tun, im Zusammenleben. Der Emanzipation stehen harte Bedingungen und schwere Zeiten bevor. Und die mühselige Arbeit des Maulwurfs. (...) Es wäre schlimm, die radikale Form der Verweigerung ohne utopischen Hintergrund als Rückzug aus der Gesellschaft zu verstehen, als Einkehr in die Geborgenheit des individuellen Gewissens, das sich im Lamentieren beruhigt. Die Verweigerung soll vielmehr in die gesellschaftliche Wirklichkeit eintreten, dort als das klare, bewusste, aber allemal wirksame Nein gegen die falsche Entwicklung handeln. Maulwurfsarbeit ist das genaue Gegenteil der Privatisierung des Protests.«

Johannes Agnoli, der anlässlich seines 75. Geburtstags diese Sätze geschrieben hat, ist am Beginn seines 79. Lebensjahres am 4. Mai 2003 in seinem Haus in der Nähe von Lucca gestorben. Ein Nebenwohnsitz in Berlin, sinnigerweise weinnah dem Rüdeshheimer Platz, deutete bis zum Schluss auf Johannes Agnolis Berliner Präsenz. Hier, an der FU-Berlin, dem Förderer hoch qualifizierter abweichender Gedanken und Personen, Ossip K. Flechtheim sei Dank, hat Agnoli seit Ende der 60er Jahre erst als Assistent und dann als Professor für Politikwissenschaft gewirkt. Ein Politologe also, aber nicht nur. Einer dessen eminente klassische Bildung, sich über Vico, Hegel und Marx insbesondere,

bei geradezu habituell vorgegebenem Anarchismus sozialistisch radikaldemokratisch zuspitzte und jenseits der Zeiten opportunistischer Brüche, da wahrhaft verlässlich, erhielt. Also wurde Johannes Agnoli nicht nur in seiner zu einer Art Anti-Klassiker avancierten Transformation der Demokratie (1967 zusammen mit dem gleichfalls ungewöhnlichen Peter Brückner) zu einem der wichtigsten Theoretiker der Studierendenbewegung (seine im Ca-Ira-Verlag zu Freiburg i.Br. publizierten Aufsätze zu letzterer sind wie viele andere seiner dort gedruckten Werke heute mehr denn je intellektuell politisch an- und aufregende Lektüre).

Agnoli war eine der intellektuellen Säulen, immer kritisch berstend, nie autoritär stehend, des berühmten, unter anderer Perspektive des berühmten, republikanischen Clubs, aus der Zeit, da es noch West-Berlin und vor allem noch eine politisch sich assoziierende intellektuelle Linke gegeben hat.

Selbstredend war Agnoli, in Valle di Cadore geboren, auch darum ein Bergsteiger vor dem Herrn, kurz nach dem Krieg im schwäbischen Urach deutsch sozialisiert, Spranger-Schüler und als ungebärdiger Zögling von Spranger entlassen, ein Mann mit seinen Widersprüchen zwischen den Zeiten, zwischen den Ländern lebend und vor allem kühne Gedankenarbeit treibend.

In jüngeren Jahren fuhr er zuweilen in einem rapiden Rutsch im Alfa Romeo von Ber-

lin nach Neapel. Indes, der dauernd unruhige Geist, antidogmatisch und gegen alle aufgeherrschten Ordnungen bis auf die Knochen, blieb bis das »Schlägle« ihn traf – in dem ihm vertrauten Schwäbisch mit tieferem Humor gesprochen –, radikal nüchtern in Marx-gelernter Analyse, zugleich radikal auch in seiner Orientierung auf eine ganze, aber menschenmögliche, ja menschnötige Gesellschaft in der alle aufrecht gehen können. Im Unterschied zu vielen anderen Marxisten, vor allem Parteigläubigen aller Art wusste er, vergleichbar Rosa Luxemburg, mit der ihn viele Eigenschaften verbanden, darum, dass alle Umgangs- und Organisationsformen den Ausschlag geben. Und dass Sozialis-

mus nicht erst in der Ferne, dass er vielmehr, soll er wahrhaft sein und werden, hier und heute im herrschaftskritisch emanzipatorischen Verhalten beginnen muss. Darum war Johannes Agnolis Seil, auf dem er intellektuell zuweilen atemberaubende Kunststücke vorführte, immer an den Stangen von Gleichheit und Freiheit angepflockt.

»Was soll die Utopie in der Aporie?«, so schließt der eingangs zitierte Artikel. »Die Orientierung an der Utopie ist der einzig reale Ausweg aus der Inhumanität, in der sich die Weltgesellschaft befindet.« Hier gilt wahrhaft das alte lateinische Wort: mortuus doceat vivos. Dieser Tote möge die Lebenden lehren. ♦

Anzeige



Probeheft: (030) 25 00 87-0

# Freitag

*Die Ost-West-Wochenzeitung*

Über Nation, Gewalt und was Studierende damit zu tun haben

# Zum Scheitern stud

**DISCLAIMER:** Der folgende Text enthält scharfe Polemik. Die Autoren schlagen den harten Ton bewusst an, da sie lediglich Polemik als die adäquate Form der Darstellung für die folgende Kritik erachten. Nur sie ist geeignet, die Unerträglichkeit des Bestehenden angemessen darzustellen, Widersprüche nicht zu glätten und zu rationalisieren, wie z.B. eine sachliche Schreibe, der Wissenschaftsbetrieb oder die Demokraten. Wer sich beim Lesen des Folgenden mehr über die Art des Geschriebenen aufregt, als über die analysierten und kritisierten Zustände, der möge sich bitte an diesen Disclaimer erinnern.

Weiterhin wird vor den Folgen des Textes gewarnt. Er ist möglicherweise dazu geeignet, zum Nachdenken anzuregen, was wiederum dazu führen kann, alles bisher Gedachte über Bord zu werfen. Alles, woran man bisher glaubte, kann durch diesen Text in Frage gestellt werden, was zu Wut und Aggression führen kann. Die Polemiken können weiterhin wie Schläge in die Magengrube wirken. Es können sich Ohnmachtsgefühle einstellen. Die gefühlte Hilflosigkeit kann in Pessimismus und Misanthropie umschlagen und schließlich in Alkoholismus oder einem Aufenthalt in der Psychiatrie münden, wobei dies die gängigen Risiken kapitalistischer Vergesellschaftung sind, auch ohne Kenntnis des folgenden Textes. Nicht selten treten nach dem Lesen solcher Texte Abwehrreflexe (»So schlimm ist das doch gar nicht!«; »Pah! Aber wo ist die Alternative!«; »Muss man denn immer alles so mies machen?«) oder Ressentimentgeladenheit (»Das ist doch marxistisches Gedöns!«; »So reden doch keine Demokraten!«; »Das ist doch verrückt!«) auf, die auch versuchen, das Folgende zu rationalisieren, aber letzten Endes auch nur eine andere Form von Hilflosigkeit darstellen.

Sollten die beschriebenen Symptome bei dir, liebeR LeserIn auftreten, dann sag nicht, wir hätten dich nicht gewarnt!

# Studentischer Proteste im Sommersemester 2003 in Berlin

**W**ährend des Sommersemesters 2003 kam Schwung in die Berliner Hochschulpolitik. Von Seiten der demokratischen Oligarchen<sup>1</sup> im Berliner Abgeordnetenhaus bzw. im Senat wurde einmal wieder eine »Naturnotwendigkeit« präsentiert, der man sich zu stellen habe, wofür wiederum selbstverständlich die Herren Demokraten prädestiniert sind, und die logisch dazu führt, den Gürtel enger zu schnallen. Dass die präsentierte »Notwendigkeit«, in dem Fall die Einsparungen im Hochschulsektor<sup>2</sup>, nichts weiter ist, als eine von den demokratischen Oligarchen *in ihrer eigenen Urteilskraft selbst gesetzte Bedingung*, wird dezent verschwiegen.

Lösungsvorschläge für die »Krise« waren Einsparungen im Rahmen der Hochschulverträge zwischen den Berliner Unis und dem Land selbst sowie die Einführung von Studiengebühren.<sup>3</sup> Dies behagte einigen Studierenden an diversen Universitäten in Berlin nicht. Es wurden Vollversammlungen einberufen, Aktionsgruppen gebildet, Internetseiten eingerichtet und Demonstrationen organisiert. Anfangs schien das Interesse an der Thematik zumindest teilweise zu existieren und die Möglichkeit für Widerstand gegen einen weiteren Plan von Demokraten, die materiellen Lebensverhältnisse einzuschränken, gegeben zu sein. Der Protest wuchs

*Ich bin nicht mit Dostojewski der Meinung, à la Schuld und Sühne, daß keiner das Recht hat, einem anderen das Leben zu nehmen. Tatsache ist, daß man uns in so und so vielen Fällen das Leben nimmt, ohne auch nur einen Schuß abzufeuern. Auch ich habe mich für einen miesen Stundenlohn auspowern lassen, während der Bonze in seinem Boudoir in Beverly Hills die Vierzehnjährigen reihenweise entjungfert hat. Ich habe erlebt, daß Männer gefeuert wurden, weil sie fünf Minuten zu lang auf dem Scheißhaus gesessen haben. Ich habe Sachen gesehen, über die ich nicht mal reden will.*

Charles Bukowski

jedoch nicht, eine erhoffte Lawine geriet nicht ins Rollen. Schließlich verfassten VertreterInnen der Studierendenschaft der HU nach einer mau besuchten Demonstration folgende Erklärung:

»Die Beteiligung an der heutigen Demonstration gegen Bildungsraub und Sozialabbau hat deutlich gezeigt, dass die Studierenden in großer Geschlossenheit hinter den Kürzungsplänen des Berliner Senats stehen. Der ReferentInnenrat (RefRat) der

Humboldt-Universität zu Berlin zieht daraus Konsequenzen und erklärt den studentischen Protest für beendet.«<sup>4</sup>

Die im weiteren zynische wie pessimistische Erklärung drückt die Enttäuschung der engagierten Studierenden über ihre müden KommilitonInnen aus. Aber ist die fehlende Empörung vieler Studierender ein studentisches Phänomen?

**»Wir als Deutsche...« heißt übersetzt:  
»Ich verzichte und gehorche!«**

*Man sieht den konstruktiven Untertanengeist, der einem immer wieder in Deutschland begegnet.*

*Statt zu sagen: »Schnauze voll, ich mach nicht mehr mit«, dient man sich den Regierenden auch noch an und zerbricht sich doch glatt deren Kopf.*

aus der vorherigen Analyse des Sozialreferats, Mai 2003

Damit wäre bereits alles gesagt, jedoch will das Sozialreferat dies anhand einiger Analogien der noch nicht all zu weit zurückliegenden Vergangenheit genauer skizzieren.

Am 15. 2. 2003 gingen in Deutschland hunderttausende Menschen auf die Straße. Sie waren empört, wütend, ballten die Faust – für ihre individuellen Lebensverhältnisse? Nein. Irgendein Präsident, tausende Kilometer ab vom Schuss und wie eine Schallplatte nervend (»The game is over«), ließ Bomben fallen. Nichts Ungewöhnliches in einer Welt

*»Alles, was gegen die USA geht, ist immer richtig.«*

Ein Mitglied der Grünen Hochschulgruppe der FU Berlin in einem Gespräch

der Staatenkonkurrenz. Fielen die Bomben in Deutschland? Nein. Denn wie schon erwähnt, demonstrierten die Menschen nicht für ihre individuellen Bedürfnisse. Sie waren empört, dass ein militärisch hochgerüsteter Staat seine Interessen ohne Rücksicht auf deutsche Einwände durchsetzt. Dabei haben sich die Deutschen doch so verdient gemacht im gezielten Töten von Menschen zur Durchsetzung nationaler Interessen, also humanitären Einsätzen, im Kosovo, in Mazedonien, in Afghanistan ... Und dann setzt ein Staat sein in Hülle und Fülle

und für nichts anderes als das Töten bestimmte Kriegswerkzeug auch noch ein, ohne auf Gerd und Joschka zu hören. Was für beleidigte Nationalisten!

Wie? Das ist zu hart? So kann man das nicht sagen? Den dort anwesenden Menschen klopfte das Herz wegen der im Luftschutzbunker verharrenden verängstigten Irakis?<sup>5</sup> Es wäre doch ungerecht, wir sollen uns doch nicht so haben, es wäre doch schön, wenn die Menschen nicht immer nur an sich denken würden? ... Sie dachten nicht an sich, das ist wahr, aber die Irakis waren ihnen auch nur einen Fliegenschiss wert. Aber um zu begreifen, warum, machen wir einen kleinen Szenenwechsel.

Wieder Deutschland, ca. ein Viertel Jahr später. Die IG Metall, eigentlich eine dieser langweiligen deutschen Gewerkschaften, denen der nationale Standort wichtiger ist als die Lebensqualität ihrer Mitglieder, macht mal was Vernünftiges: Sie ruft einen Streik (besser: nach dem üblichen Bürokratiequatsch, Abstimmungen, Gucken, ob das Arbeitskampfrecht auch mitspielt usw. holt man die alten Transparente und Trillerpfeifen aus der Mottenkiste) in Ostdeutschland aus, damit die dortigen Arbeitnehmer in der Branche ein kleines Stückchen vom brutalen Los der Lohnarbeit befreit sind, der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft ein wenig entrinnen und mehr leben, mehr genießen können – so weit dies in den bestehenden Zuständen machbar ist. Es geht um eine Arbeitszeitverkürzung von 38 auf 35 Wochenstunden. Ist das nicht eine nachvollziehbare Forderung? Nicht für all die Privat- und Berufsnationalisten (also den Demokraten inner- und außerhalb des Parlaments) in Deutschland, die zur Hetzjagd gegen die Metaller schritten.

*Es ist dies aber die Herrschaft, die nicht stückchenweise heimlich und gewaltsam fremdes Gut, heiliges und profanes, privates und öffentliches raubt, sondern gleich im ganzen. Für jede einzelne solcher Schandtaten trifft den, der sie verübt und dabei gefasst wird, Strafe und die größte Schmach. Denn man hat für*



*die, die solche Verbrechen im Einzelnen verüben, Namen wie Tempelräuber, Seelenverkäufer, Einbrecher, Spitzbuben und Diebe. Wenn aber jemand außer der Habe der Mitbürger auch sie selbst zu seinem Eigentum macht und in Knechtschaft bringt, dann hört man für sie nicht jene schimpflichen Namen, sondern als »Glückselige« und »Gottbegnadete« leben sie im Munde ...*

Thrasymachos in einem Dialog  
mit Sokrates in Platons »Politeia«

**EXKURS:** An dieser Stelle wird es Zeit, einen Begriff näher zu bestimmen, da sich bestimmt einige LeserInnen angegriffen fühlen. Es geht um den Begriff des Nationalisten. Viele Menschen denken dabei an den braunen Mob mit Springerstiefeln oder antirepublikanische Faschisten, vielleicht auch an Norbert Geis von der CSU. Mit solchen Leuten will man nichts zu tun haben, als NationalistIn würde man sich nicht bezeichnen lassen! Vielleicht schon eher als Verfassungspatriot und Demokrat, das hat nicht so was Fieses, Anrühiges.

Leute, die so denken, haben zunächst einmal dahingehend recht, dass es qualitative Unterschiede zwischen den Entwürfen politischer Herrschaft eines republikanischen Demokraten und eines Faschisten gibt. Es gibt bei dem ersten Meinungsfreiheit, freie und geheime Wahlen, es besteht regelmäßig die Möglichkeit, staatliche Akte durch die Justiz zu kontrollieren (Rechtsstaat), die Staatsgewalt ist geteilt, was zur gegenseitigen Kontrolle führt.

Damit ist das Lob auf die Demokratie<sup>6</sup> aber auch erschöpft. Was auffällt: Die gängigen, als positiv verstandenen Begründungen für den Erhalt von Demokratie, sind eigentlich *negativ* gewendete, nämlich solche in *Abgrenzung zum faschistischen bzw. realsozialistischen Herrschaftsmodell (sog. Totalitarismus), in denen die benannten politischen Standards nicht erfüllt sind.* Die Nation, also ein Staatsgebiet mit einem Staatsvolk, welches beherrscht werden soll, ist immer unterstellt. *Lediglich die Ausgestaltung politischer Herrschaft ist für Demokra-*

*ten kritikabel.* Herrschaft an sich und damit das Durchstreichen des Wohls und Glücks des Einzelnen wird gar nicht in Frage gestellt. *Und solches ist die Regel in einer Gesellschaft, in der die menschliche Auseinandersetzung mit der Natur, die Arbeit, Mittel der Verwertung und nicht der Bedürfnisbefriedigung des Einzelnen ist. Die Ausübung von Herrschaft – um diesen Zustand zugunsten derjenigen, die von der Verwertung profitieren, zu wahren – wäre ja auch sonst nicht notwendig.*

Letzendlich ist die auf einem geographisch begrenzten Territorium verfügbare Menschenmasse für den Faschistischen – oder wie es modern heißt: den totalitär herrschenden Dikator – genau wie für den Demokraten ein Mittel, das dem Zweck dient, die eigene Nation gegen die anderen Staaten voranzubringen. Die Demokratie hat wegen der Tatsache, dass die regierte

*»Zwar ist es in bestimmten – auch linken – Kreisen moralisch verpönt, zu sagen »Ich bin stolz ein Deutscher zu sein«. Andererseits haben die gleichen Leute kein Problem, sich permanent gegen die USA auszusprechen. Dabei ist die positive Aussage »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein« gleichzeitig die negative »Ich bin ganz froh, alles andere nicht zu sein«, also auch kein Amerikaner. Insofern unterscheidet sich Amerikafeindschaft und (deutscher) Nationalismus gar nicht, denn ersteres ist nur die negative Wendung von zweiterem!*

Anonym, August 2003

Menschenmasse alle Jahre wieder Kreuzchen machen geht, den Vorteil, dass der Eindruck oder besser der Irrtum entsteht, sie hätte was zu sagen (»Das Volk ist Souverän«) und die demokratische Nation würde dem Einzelnen nicht schaden wollen. Wäre dies der Fall, würden also die Menschen beginnen, ihre materiellen Lebensinteressen einzuklagen, die durch die beste-

Falsche Analyse –  
nicht die Welt ist krank  
(wie sollte sie auch?) ...



hende Herrschaft eine regelmäßige Schädigung erfahren. Dann würde das Ziel, Deutschland nach vorn zu bringen, ganz schön schief laufen. Also ist es notwendig, die Untertanen der demokratischen Nation zur Loyalität zu bewegen, zum einen mit der üblichen Demonstration von Staatsgewalt, zum anderen durch gezieltes Lob auf die Staatsform, was im Sozial- oder Politikunterricht frühzeitig beginnt. *Dabei wird der Eindruck vermittelt oder, was wieder dasselbe ist, der Irrtum hervorgerufen, dass das Wohl des Einzelnen vom »Allgemeinwohl« abhängig oder gar mit diesem identisch ist und dass die adäquate politische Form dieses Allgemeinwohls zu gewährleisten und zu steigern eben demokratische Herrschaft ist.* Der Witz ist dabei, wie oben bereits angedeutet: Das Allgemeinwohl ist das Wohl der politisch wie ökonomisch Herrschenden. Ob man zu letzteren zählt, ergibt sich aus der persönlichen Stellung innerhalb der Produktion – und hat mit dem einzelnen Wunsch nach einem schönen Leben gar nix zu tun. Dieser Wunsch erfährt täglich ein überdeutliches Dementi. Man schaue sich nur einmal Gesundheits- oder Rentenreform, Agenda 2010 und deren schädigenden Folgen für den Einzelnen an. Trotzdem meinen die meisten Untertanen, dass *diese* gesellschaftliche Organisation von Produktion und Konsumtion trotz ihres Produktionsüberflusses und der Herstellung von völlig nutzlosen Gütern (z.B. Waffen) oder Ausbildung überflüssiger Berufsaspiranten (z.B. Juristen, BVG-Kontrolleure, BAföG-SachbearbeiterInnen) nicht anders zu gestalten sei und *halten an ihrer Nation fest, ganz demokratisch!* Der Irrtum, dass das eigene materielle Lebensinteresse mit dem nationalen Interesse (besagtes Allgemeinwohl) absolut nicht identisch ist, ja sogar massive Schädigung erfährt, wird nicht durchschaut. Wir geben die Hoffnung allerdings nicht auf ...

Noch einmal zusammengefasst: Nationalismus ist keine alleinige Sache des braunen Mobs. Um das Fortkommen der Nation kann man sich auch als Demokrat sehr viele und intensive Gedanken machen, wengleich mit anderen politischen Spielregeln. Der ideologische Vorteil

demokratischer Herrschaft: durch die ganzen Prozeduren (Wahlen usw.) und Propaganda (Politik-, Sozialkundeunterricht, Politikwissenschaft, Pädagogik) wird der Irrtum vermittelt, der Einzelne hätte an der Herrschaft seinen Anteil, was wiederum zu dem Fehlschluss führt, dass das nationale Interesse mit dem des Einzelnen identisch ist und dass der Staat somit dem Einzelnen gar keinen Schaden zufügen kann! Wer sich in diesem Fehlschluss aber das nationale Interesse zu eigen macht, die Nation als Medium zur Erfüllung von einem schönen Leben anerkennt, der kann gerne Demokrat sein, ein Nationalist ist er allemal auch. **EXKURS ENDE**

Dabei bleibt es aber ganz und gar nicht! Diejenigen, die, wie gerade beschrieben, so denken, beginnen nämlich, diejenigen zu ächten, die sich gegen diese tägliche Schädigung seitens Kapital und Nation wehren!

*Der Manipulationsnutzen des sozialen Friedens liegt darin, als Ausgleich in der Verteilung von Gütern und Chancen alle Gruppen einer Gesellschaft zu umfassen, zugleich nur diejenigen disziplinierend zu treffen, die potentiell sich gegen die ungleiche Verteilung von Herrschaftspositionen und Privilegienchancen richten. Anders gesagt: Es ist seine Funktion, genau die letzteren zurückzudrängen, zu entmachten – und dem öffentlichen Haß preiszugeben.*

Johannes Agnoli, »Die Transformation der Demokratie«

Und damit zurück zur IG Metall und dem Sturm der Deutschen gegen den Wunsch, weniger zu arbeiten. Eben noch Friedenstauben und die Irakis fest im Herzen, schreiten die Deutschen gegen die Metaller zum Kampf. Egal, ob Friedenskanzlerclique, der Nationalpfaffe Friedrich Schorlemmer oder Lieschen Müller, Einzelhandelskauffrau bei Lidl im Wedding, die sich darüber aufregt, dass »die Bauarbeiter immer

blau machen« – sie können es überhaupt nicht verstehen, wenn Menschen ihre Individualinteressen vor die von Kapital und Nation stellen.<sup>7</sup> Schützenhilfe zur Denunziation der Volksschädlinge gibt's selbstverständlich von ganz oben. Wenn Guido Westerwelle bei den Gewerkschaften von einer »Plage für unser Land« spricht, dann ist alles gesagt; und wie man mit einer Plage umgeht, weiß nicht nur der Arbeiter in der Landwirtschaft.

Nun könnte man einwenden: Wieso diese eigentlich willkürlich daherkommende Zusammenfassung dieser beiden Anekdoten in Deutschland? Und was hat das ganze eigentlich mit Studierenden zu tun?

Drei Punkte dazu:

Egoismus, Individualinteressen, materielle Bedürfnisse sind in Deutschland verpönte Wörter. Wegen des Fehlschlusses, dass das eigene Interesse in einem Höheren gut aufgehoben oder mit diesem identisch ist, schnallt man für den Betrieb, den Standort oder die Nation den Gürtel enger oder macht Dinge, auf die man vernünftigerweise nie kommen würde: z.B. drei Jobs zu haben, als Akademiker Blätter im Park zu sammeln, Taxi zu fahren oder für eine Berufsausbildung einen Kredit aufzunehmen. Rentenreform, Agenda 2010, Erhöhung der Wochen-/Lebensarbeitszeit (ein Vorschlag, der gerade neben dem Streichen der staatlichen Finanzierung künstlicher Hüftgelenke und dem Zahnersatz immer wieder heiß diskutiert wird); also *ganz reale Gewalt und Schädigung des Lebens* erfahren nur wenig Protest. Im Gegenteil: diejenigen, die das satt haben, werden noch beschimpft und denunziert. Hier beantwortet sich nun die Frage von oben hinsichtlich der Sorge um die Irakis. (Man hätte zwar schon auf die weitestgehend ausbleibenden Proteste bei Kriegen mit Bundeswehrbeteiligung, *also in deutschem Interesse* hinweisen können, aber das Beispiel des Streiks der IG Metall ist noch für einen anderen Punkt geeignet; siehe dazu Punkt II). Die meisten derer, die am 15.2.2003 gegen den Irak-Krieg protestierten,

taten dies ganz bestimmt nicht wegen der Opfer und der Schädigung der im Irak lebenden Menschen. Die waren nur Projektionsfläche für nationale Befindlichkeiten. Wie oben angedeutet, hat es die Leute nicht empört, dass Gewalt angewendet wird, sondern lediglich, dass auf das nationale Interesse bei diesem Diktatorensturz nicht eingegangen wurde. Gewalt und Schaden für Menschen stören Deutsche nur dann, wenn es nicht dem nationalen Interesse dient!

Wie jetzt? Wir können doch nicht Bomben und die Agenda 2010 oder die Gesundheitsreform in einen Topf werfen? Dies führt uns zu:

Sicherlich: Wenn wir wählen müssten, ob wir lieber einen Granatsplitter im Hintern, ein Loch im Kopf, ein Bein weniger, Leukämie wegen Strahlenschäden oder keine staatlich bezahlten dritten Zähne haben wollen, wir würden letzteres wählen. *Wir halten es aber andererseits für zynisch, genau daraus zu schließen, dass die krasse Beschneidung des Lebens mittels staatlicher Gewalt etwas ganz Wunderbares oder Erträgliches sein soll, nur weil man das Leben ja auch ausgelöscht bekommen kann.* Gewalt gegen den Einzelnen muss nicht notwendig Krieg bedeuten, sie ist der ganz normale Alltag während des Friedens in der kapitalistischen Vergesellschaftung, wird aber nicht mehr als solche wahrgenommen. Dies hat folgenden Ursprung. *Weil der Souverän, also die Protagonisten der Staatsgewalt festlegen, wie Gewalt ausgeübt wird und wer dies wie/wann/wo darf, und andere Handlungen entweder ignoriert oder, wenn sie am weiteren Bestehen des Staates und der verwalteten Ökonomie hinderlich sind, sanktioniert werden, macht der Unterworfenen der Macht nach deren Anerkennung einen im wahrsten Sinne des Wortes gewaltigen Fehlschluss: Die als legal definierten Handlungen sind gewaltfreie, quasi vernünftige und die als illegal definierten Handlungen verwerfliche gewalttätige Angelegenheiten.* So kommt es zu solch merkwürdigen Ansichten wie der, dass die Kündigung eines arbeitenden Menschen, also der Entzug der notwendigen Mittel, sein Leben zu bestreiten, als eine völlig vernünftige

tige Sache betrachtet wird und nicht als Gewalt, eben weil diese Handlung legal ist. Zwar könnte man den Kündigungsschutz als Bremsfunktion solcher Handlungen anführen. Doch mal abgesehen davon, dass der Kündigungsschutz sowieso »zum Abschluss freigegeben« ist, muss man sich fragen, was das für eine merkwürdige Gesellschaft ist, in der es *überhaupt einen Kündigungsschutz braucht*, einem also die Arbeit, die man zum Lebensunterhalt verrichtet, *jederzeit wieder entzogen werden kann*? Dieses Beispiel ließe sich adäquat zu Mietproblematiken formulieren, also der Gewährung und dem Entzug von Wohnraum.

Noch ein Beispiel: Nahezu niemand kommt auf die Idee, dass Zensuren oder, im Hinblick auf die Universität, diverse Leistungsnachweise die reine Gewalt gegen eine Person darstellen, weil über ihr Leben wahlweise mit den Prädikaten »schlau« und »dumm« sowie kleinen Abstufungen dazwischen entschieden wird.

Und wenn jemand ein Leben lang seine Physis häppchenweise für den Profit von jemand anderem verscheuern muss – mal für einen Mini-lohn, mal für etwas mehr –, dann ist das nicht etwa Gewalt gegen den Lohnabhängigen, der nichts anderes zu verkaufen hat, als seine Arbeitskraft, sondern ein *Arbeitsvertrag*.<sup>8</sup> Oder hören wir doch, wie die Juristen, die am besten wissen, wie man die Herrschaft des Menschen über den Menschen schriftlich fixiert, dazu sprechen: »Der Vertrag ist eine Willenseinigung. Es handelt sich genauer um ein Rechtsgeschäft, das aus inhaltlich übereinstimmenden, mit Bezug aufeinander abgegebenen Willenserklärungen von mindestens zwei Personen besteht« (Brox, 1997). Also doch ganz freiwillig, wenn so ein Arbeitnehmer seine Arbeitskraft verkauft. Wo ist das denn Gewalt? Eine Gegenfrage: Was passiert, wenn sich ein Mensch, der keine Millionen auf dem Konto hat, dem ganzen Arbeitswahn nicht zur Verfügung stellt? Er setzt sich der staatlichen Zwangsverwaltung durch den Sozialstaat aus, lebt von einer lächerlichen Stütze und wird allgemein als Faulpelz denunziert, ist also gesellschaftlich geächtet. Eine wahrlich überzeu-

gende Alternative ...! Die Wahl zwischen letzterem und dem Verkauf von Arbeitskraft zu irgendeinem Lohn, damit jemand anderes einen Mehrwert abschöpft, soll also eine freiwillige Kiste, ein selbstbestimmter Akt sein. Die Frage nun, ob das Arbeitsverhältnis deshalb keine Gewalt darstellt, weil ein Arbeitsvertrag freiwillig unterzeichnet wird, könnte man auch adäquat so formulieren, ob es dann auch keine Gewalt wäre, wenn man zwischen Pest und Cholera wählen dürfte und sich für eines von beiden entscheiden müsste.

*Die Sphäre der Zirkulation oder des Warentausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham. Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z.B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent gegen Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das seine.*

Karl Marx, Das Kapital

Die Bedingungen zu dieser *ziemlich unangenehmen* Organisation menschlicher (Re)Produktion sind aber nicht gottgegeben oder durch eine »unsichtbare Hand« gesteuert, sondern ganz bewusst gesetzte und mittels staatlicher Gewalt durchgesetzte Bedingungen, die da Freiheit, Gleichheit und Eigentum heißen und den beschriebenen menschenfeindlichen Schlamassel ermöglichen. Nur, wie eingangs erwähnt, wird die staatliche Definition von legaler und illegaler Gewaltausübung im Rahmen von Freiheit usw. affirmiert. Deshalb gehen bei dem Versuch der IG-Metaller, dieser Gewalt etwas entgegenzusetzen, keine Massen mit auf die Straße, streiken mit den Metallern

oder demonstrieren gar für ihre eigenen Bedürfnisse, die ständig durchgestrichen werden. Obwohl doch für eine Bewegung, die *gegen den Krieg als Form von Gewalt aufbegehrt, nach dem Krieg die Arbeit erst richtig anfangen müsste!* Sagen wir es in Anlehnung an einen Satz von Max Horkheimer: Wer von kapitalistischem Frieden nicht reden will, soll zu imperialistischen Kriegen schweigen!

Und die Studierenden? Ach ja, da war ja noch was und das ist Punkt:

||| Wer die vorangegangenen Gedanken nicht für völlig neben der Spur hält, der wird jetzt schon erahnen können, was das alles mit den Studierenden zu tun hat. Wieso sollten sich denn aus dem Status »StudentIn« logisch ergeben, dass diese gegen Maßnahmen, die ihre materiellen Lebensinteressen einschränken, wie z.B. Studiengebühren, mehr aufbegehren als andere Menschen in Deutschland? Da sieht man nur einmal mehr, *dass Bildung und Wissenschaft garantiert nicht dazu bestimmt sind, die Zusammenhänge der bestehenden Ordnung zu begreifen, sondern lediglich, sie zu akzeptieren und zu verbessern!* Es wäre ja auch fast schon verrückt seitens staatlicher Protagonisten, wenn jemand in einer staatlichen Institution vermittelt bekommt, wie der Laden wirklich tickt. Dann hätte man als Souverän ganz schön Ärger am Hals. Daher wird, wie oben schon erwähnt, vielmehr die Notwendigkeit der Ordnung gelehrt, wobei für die Rechtfertigung der Herrschaft über den Menschen eine ganze Menge gute Gründe gefunden werden, aber: *»In unserer reflexionsreichen und rasionierenden Zeit muss es einer noch nicht weit gebracht haben, der nicht für alles, auch das Schlechteste und Verkehrteste, einen guten Grund anzugeben weiß.«* (Hegel) Selbstverständlich kann auch ein StudentIn für die Nation den Gürtel enger schnallen, sich selbst zugunsten der Nation zurückstellen und die vorgegebenen Notwendigkeiten bzw. ihre Ohnmacht, dagegen aufzubegehren, einsehen und sich verkneifen zu demonstrieren o.ä.! StudentIn sein schützt nicht

davor, dem Staat Loyalität zu zollen und jeden Schaden am eigenen Leben hinzunehmen ...

Nun könnte man auch auf die Idee kommen, dass diejenigen, die sich gegen Studiengebühren und Bildungsabbau engagierten, Besseres im Schilde führen als diejenigen, die dies nicht tun und das Gegebene hinnehmen. Aber auch das ist bei weitem – wir betonen leider – in sehr vielen Fällen nicht so.

»Bildung ist keine Ware!« (ATTAC u.a.);  
 »Noch nie haben Studiengebühren den Universitäten genutzt.« (Grüne Hochschulgruppen an der FU/HU) oder von der gleichen Gruppe »Studiengebühren erzwingen ein ›Schmalspur-Studium‹« und auch »GATS macht dumm« (Jungdemokraten Berlin) schallen einem entgegen.

Wenn diese »Argumente« nicht so – man möge uns unsere Arroganz verzeihen – erbärmlich wären und die Zahl derer, die solchen Schwachfug kritisieren würden, wesentlich größer, dann könnte man solche Scherzkekse beiseite lassen, aber da so etwas im Ernst auf offene Ohren stößt ... also der Reihe nach:

1. Zu der ersten Parole »Bildung ist keine Ware« haben wir uns in der ersten Analyse des Sozialreferats bereits hinreichend geäußert. Wir schreiben:

»Die oben angeführten Zitate [also auch das benannte] sind nun deshalb falsch, weil sie Bildung in Schule und Universität aus der Gesellschaft des Kapitals herausreißen. Arbeitskraft ist eine Ware, die an diesen Institutionen – staatlich subventioniert – für die Verwertung geschult und qualifiziert wird. Dass sich ein wohlhabender bürgerlicher Nationalstaat Bildung und Wissenschaft einiges kosten lässt und von der ›realen‹ Ökonomie abtrennt, ist dem nicht abträglich. Im Gegenteil: Die Freiheit der Wissenschaft ist nahezu optimal für die Standortverwertung. Zunächst fern von jeglichen ökonomischen Einzelinteressen kann geforscht und ›gewissenschaftet‹ werden, was das Zeug hält. Verwertbares

Material bzw. die Urheber dessen bleiben uns dann erhalten: z.B. in Form einer physikalischen Erkenntnis, die es erlaubt, bessere Maschinengewehre herzustellen; einer neuen psychologischen Therapie, die den Deprivierten der Gesellschaft hilft, ihr Elend besser anzuerkennen; einer neuen außenpolitischen Strategie, um Deutschland gegen die anderen Nationen in Stellung zu bringen oder einer neuen Novelle des Ausländergesetzes, welche es erlaubt, noch schneller abzuschieben. Nichtverwertbares Material bzw. deren Urheber landen im Papierkorb bzw. in der Sozialstatistik.«

Bildung ist also längst Ware, auch im öffentlich-rechtlichen Bildungssektor, nämlich im notwen-

digen Zusammenhang mit der zu verwertenden warenförmigen Arbeitskraft. Und Bildung ohne Arbeitskraft zu denken, macht keinen Sinn. Statt also parolenhaft zu fordern: Weg mit einer Gesellschaft, deren Zweck der Tausch von Waren (bzw. die Verwertung von Arbeitskraft) und nicht die Befriedigung von Bedürfnissen ist, wo also auch der Mensch lediglich Mittel und nicht Zweck ist (wobei dies Bildungsbedürfnisse einschließt!), bringen ATTACis, wie die Mitglieder so niedlich genannt werden, lediglich eine private Bildung gegen eine öffentlich finanzierte in Stellung. Das war's. Die Selektion durch Abitur, der Leistungsdruck, die Zensuren, der Zweck von Wissenschaft und Bildung usw. verdienen allesamt keine Kritik. Im Gegenteil: Man bietet sich auch noch an den Staat an (öffentliche Bildungsfinanzierung), der nichts weiter vorhat,

- ▼ *Urlaub oder Studiengebühren – das ist hier die Frage. Aber kein ›Schicksal‹ ...*



als einen gnadenlos als Menschenmaterial verfügbar zu machen und ökonomisch, manchmal auch militärisch, zu verheizen. Diese Einstellung resultiert aus dem Demokratie-Fehlschluss, der oben beschrieben wurde («Der Staat sind wir alle» oder «Das Volk ist Souverän»).

Wir geben natürlich zu, dass unsere Parole als solche ziemlich ungeeignet ist. Einige Kritiker der politischen Ökonomie gab es ja auch unter den protestierenden Studierenden. Sie sagten schlicht: »Bildung für alle und zwar umsonst«. Das bringt es selbstverständlich auch auf den Punkt. Kürzer waren früher immer nur noch Antifas: »Smash capitalism!«

2. Die beiden Parolen der Grünen Hochschulgruppen wollen wir zusammen behandeln. – Auch wenn wir bei dem folgenden Satz sicherlich wütende Reaktionen bekommen: aber wir haben bisher noch nicht einmal erlebt, dass von Seiten der Grünen etwas Vernünftiges gesagt wurde. Also hat uns auch dies nicht überrascht. *Nicht dass Studiengebühren den Einzelnen in seinem materiellen Lebensinteresse schaden*, ist ihr Thema. Es ist nicht schlimm, dass man einen Urlaub weniger im Semester genießen kann oder der wöchentliche Besuch von Stammkneipe und Kino wegfällt, wenn 500 Euro/Semester abzudrücken sind. Nein, die »Zukunft der Bildung« liegt ihnen am Herz! Damit zeigen die Grünen einmal mehr, dass sie wie eine Eins zum Väterchen Staat stehen, sich um seine Zukunft große Sorgen machen und dass sie für den demokratischen Dialog als loyale Staatsbürger bereit sind. Genau das, was wir oben unter den Stichwörtern »Sorge um die demokratische Nation« und »Irrtum der Identität von Individualinteresse und Allgemeinwohl« geklärt haben, zeigt sich hier einmal mehr. Die Nation und die Zukunft dessen, was das Menschenmaterial ausbilden und optimal verwertbar und verfügbar machen soll, spricht: ein noch effizienteres Humankapital ist es, was sie einklagen. Noch besser hätte die Erziehung zum loyalen Staatsbürger per Politikunterricht nicht sein können.

Zudem steht unter der Parole, dass Studiengebühren noch nie den Universitäten genutzt haben, Folgendes: *»Studentische Gelder sollen nicht in die Verbesserung der Lehre fließen, sondern zum Ausgleich der Berliner Haushaltslöcher missbraucht werden.«* Im Umkehrschluss: Würden studentische Gelder auf der Einnahmenseite im Berliner Haushalt bei Bildung/Wissenschaft stehen, ergo den Universitäten direkt nutzen, gäbe es auch keinen Einwand gegen Studiengebühren mehr ...

3. »GATS macht dumm« – Worum geht's dabei? Seit einiger Zeit empören sich Menschen, vor allem aus dem so genannten globalisierungskritischen Spektrum über einen völkerrechtlichen Vertrag namens »General Agreement In Trade And Services« – kurz GATS. Diesem Abkommen ist Deutschland wohl auch beigetreten. Es ist vorgesehen, ehemals öffentlich finanzierte Dienstleistungen privaten gleichzustellen bzw. erstere nicht zu bevorzugen, z.B. durch öffentliche Subventionen. Es geht u.a. um die Wasser- und Stromversorgung, aber auch um den Bildungssektor.

Was spricht nun dagegen? Zunächst einmal, dass sich die Selektion für die Lernwilligen verschärft, weil die Schulen und Hochschulen miteinander konkurrieren und nur »die Besten« haben wollen. Nicht kritikabel wäre dieses Argument, wenn man die Entwicklung im öffentlich finanzierten Bildungssektor beobachten würde und nach eingängiger Analyse zu dem Schluss käme, dass die derzeitigen Selektionsmaßnahmen (z.B. numerus clausus) vergleichsweise milde sind und sich in den letzten Jahren nicht verschärft hätten. Letzteres würden wir allerdings stark bezweifeln. »Schlimmer geht's nimmer« dachten wir vor einigen Jahren auch schon, so dass wir diese Kritik einfach mal so stehen lassen wollen.

Was aber verbirgt sich hinter »GATS macht dumm«? Die JungdemokratInnen bzw. die Linke im Allgemeinen behaupten ja gerne von sich, dass sie einige Probleme mit Staat und Kapital und dem ganzen Drumherum haben. Kon-



sequenz wäre nun, nachdem man sich vergegenwärtigt hat, was das ist, etwas dagegen zu unternehmen. Die JungdemokratInnen denken nun offenbar, dass ein öffentlich-rechtlich finanzierter Bildungssektor dazu etwas beitragen würde, weil die Leute dann schlauer würden. Auch sie bringen wie ATTAC einen öffentlich-rechtlich finanzierten Bildungssektor gegen einen privaten in Stellung. Letzterer würde auf jeden Fall »dumm machen«. Umkehrschluss: Ein öffentlich-rechtlicher Bildungssektor macht schlau. Erstmals stellt sich dann die Frage, was damit gemeint sein soll. Es wäre zwar richtig, dass Bildung und Wissenschaft, werden sie nach rein zweckrationalen ökonomischen Ansprüchen bestimmt, vermutlich nicht den gleichen Umfang haben werden, wie ein erst einmal von der Ökonomie getrennter Bildungssektor. Unterstellt, dass wäre so: Wenn nun die Menschen mehr Bildung erheischen, also neben Lessing, Schiller und Goethe auch noch den Fontane kennenlernen usw., was soll daraus folgen? Sollten die JungdemokratInnen wirklich den Anspruch verfolgen, Opposition gegen bestehende Verhältnisse zu formulieren, dann ist der Satz »GATS macht dumm« als Kritik absolut ungeeignet, weil ja – wie oben schon erwähnt, die Bildungsinstitutionen *gar nicht dazu bestimmt sind, das Bestehende in Zweifel zu ziehen. Schlau sein und kritisieren, bzw. soziale Opposition stehen in keinerlei logischem wie tatsächlichem Zusammenhang. Es gibt hochintelligente Leute, die können Cleveres über Mathematik, Philosophie, Physik, Biologie, Indologie, Soziologie, Politik usw. erzählen, haben aber davon, wie der Laden läuft, keinen blassen Schimmer und werden diesen an der Universität auch kaum vermittelt bekommen.* Wenn man also den Anspruch hat aufzuklären und reflektiert, dass Studieren und Nachdenken bzw. Kritisieren zwei Paar Stiefel sind, dann kommt man zu dem Schluss, dass der Satz »GATS macht dumm« selbst ziemlich dumm ist.

Der Satz macht nur dann Sinn, wenn man sich wieder lediglich um die Zukunft der Bildung der deutschen Nation und nicht um die Folgen des Bestehenden für den Einzelnen Ge-

danken macht. Da sind wir wieder bei den Grünen (s.o.).

### Epilog

Denjenigen, die jetzt immer noch nach der Alternative fragen oder mit den üblichen Satz kontern: »Das ist ja alles schöne abstrakte Theorie, in der Praxis geht es doch aber nicht anders«, können wir es vermutlich nicht recht machen. Ihrem oftmals zu hörenden Ruf nach »konstruktiver Kritik« und »pragmatischen Lösungen« können wir nur folgendes Zitat entgeghalten:

#### *»Zersetzende Kritik« vs. »Konstruktive Kritik«*

*»Nach wie vor dient der Affekt gegen angeblich bloß zersetzende Kritik oft dazu, diejenigen mundtot zu machen, die gesellschaftliche Mißstände erkennbar machen, ohne gleich ein Rezept zur Veränderung mitzuliefern. Dass Kritik negativ ist, liegt aber in der Sache. Wer etwas oder jemand kritisiert, der verhält sich negierend. Insofern lässt sich in der Tat sagen, dass Kritik ein destruktives Moment hat. Die Alltagssprache spielt dagegen die »konstruktive Kritik« aus, die nicht zerstören, sondern der Verbesserung dienen sollte. Professionelle Kritiker bestehen aber aus gutem Grund darauf, dass man Kritik nicht nur dann gelten lassen darf, wenn sie sich durch konstruktive Vorschläge beliebt (und berechenbar!) macht. Wer Kritik überhaupt nur akzeptieren will, wenn sie von jemandem vorgetragen wird, der das Kritisierte selbst besser zuwege bringt oder behauptet, zumindest zu wissen, wie man es machen müsse, der folgt einer Immunisierungsstrategie.*

*In der Aufklärung ist also deutlich geworden, dass die negative Seite der Kritik von ihrer positiven gar nicht zu trennen ist. Indem Kritik die Unwahrheit, das Falsche, den Schein zu destruieren versucht, soll sie die nötige Vorarbeit zur Konstruktion des Wahren, Richtigen und Wesentlichen leisten.«*

Schweppenhäuser in »Adorno zur Einführung«



### ■ Anmerkungen:

- 1) Hier stellt sich bestimmt bei dem einen oder anderen Empörung ein, dabei ist die Bezeichnung berechtigt: Oligarchie – Staatsform, bei der auch bei formeller Gleichberechtigung der Staatsbürger die tatsächliche Herrschaft bei einer kleinen Gruppe liegt (Wahrig-Fremdwörterlexikon 2001 S.652). Dabei ist es völlig belanglos, ob diese herrschende Gruppe sich aus verschiedenen Parteien zusammensetzt und sich diese Parteien alle fünf Jahre durch Kreuzchen der Beherrschten einen Persilschein für die weitere Drangsalierung der Beherrschten abholen ... aber dazu später noch mehr.
- 2) Dies ist freilich nur ein Beispiel. Man kann das schablonenhaft auf die ganzen anderen »neuen Anforderungen für unsere Gesellschaft« übertragen, also z.B. auf Gesundheits-, Rentenreform, Hartz, Agenda 2010 etc. etc.
- 3) Siehe zum genaueren Verlauf die erste Analyse des Sozialreferats.
- 4) Siehe die ganze Erklärung: <http://www.refrat.huberlin.de/sowi/alle/allenews/pmbeendet.html>
- 5) Solche Menschen gab es sogar ganz sicher. Es waren die gleiche Handvoll, die es bei jedem Krieg engagiert auf die Straße zieht, also ein verschwindend geringer Teil.
- 6) Was Demokratie als nationale Herrschaftsform im Einzelnen leisten soll, ist Gegenstand einer Veranstaltung des Sozialreferats im November, welche auch in diesem Heft beworben wird.
- 7) Nicht, dass wir für die Gewerkschaften irgendwas übrig hätten oder dass diese etwa nicht besorgt um die Nation wären, aber in dem Moment des Streiks haben sie sich zunächst objektiv dagegen gestellt.
- 8) Um es an dieser Stelle ganz klar zu machen: Wir sind keine Traditionsmarxisten, die dem Proletariat irgendwelche Potenzen zu irgendwas Fortschrittlichem zuweisen. Zu leugnen aber, dass dieses immer noch die gleiche Stellung in der Produktion, also die eines Arbeitskraftverkäufers hat, von welchem der Käufer einen Gewinn zieht, hat, wäre töricht. Und dass diese Angelegenheit des Arbeitskraftverkaufs im Vergleich zum 19. Jh. etwas angenehmer geworden ist – auch geschenkt. Daraus wer daraus schließt, dass der Klassengegensatz aufgehoben wäre und das Leben eines Proletariers eine schöne Sache ist, weil er nun dank billigerer Produktionskosten auch ein Auto fahren, den Drecksfraß von Lidl und Aldi essen kann, nicht mehr hungern muss usw., der soll sich nur mal fragen, warum er/sie an der Uni gelandet ist?! Richtig, um der »Despotie der Fabrik« und der des Baus zu entrinnen, um wenigstens die Chance zu haben, dass ihm dieses Schicksal erspart bleibt.

›

Für alle anderen bleibt:

*»Wir sind ein einziges Mal geboren; zweimal geboren zu werden ist nicht möglich (...). Und da schiebst Du das, was Freude macht, auf, obwohl Du nicht einmal Herr bist über das Morgen? Über dem Aufschieben schwindet das Leben dahin, und so mancher von uns stirbt, ohne sich jemals Musse gegönnt zu haben.«*

Epikur

*Das Sozialreferat des AStA FU Berlin*

Dank an B. B.

Für Fragen, Kritik und Wutausbrüche:

*sozialreferat@astafu.de*

Auch wenn die letzte Analyse des Sozialreferats doch etwas zurückliegt, sollen in regelmäßigen Abständen weitere erscheinen, die man jetzt per Mail abonnieren kann. Einfach eine Mail an:

*analyse-subscribe@astafu.de*

### Veranstaltungshinweise zum EEF (18.-20. September)

Thema: *Privatisierung und staatliche Repression – am Beispiel des Streiks an der UNAM /Mexiko*

Zeit: Freitag, 19. September, 11:30 Uhr

Von: Hayuta Zaher, AStA FU Berlin

Thema: *Zur Kritik falscher Vorstellungen von Bildung und Wissenschaft innerhalb von Studierendenprotesten*

Zeit: Freitag 16:30 Uhr

Von: AStA FU Berlin, Sozialreferat

*Die Orte sowie das restliche Programm sind nachzulesen unter [www.eef2003.org](http://www.eef2003.org).*

### ■ Zurückgetreten: Peer Pasternack

---

Der Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, Peer Pasternack (parteilos) erklärte im Juli seinen Rücktritt. Die Bedingungen für gestaltende Politik seien derart verengt worden, dass er für sich keine Möglichkeit sehe, zukünftig im Berliner Senat mitzuwirken. Für eine Einführung von Studiengebühren stehe er nicht zur Verfügung.

Pasternack war als Staatssekretär an Erfolgen in der Wissenschaftspolitik maßgeblich beteiligt: Die Stärkung des Politischen Mandats der Studierenden, ein höherer Anteil von Frauen bei Berufungen, die Einführung von Juniorprofessuren und die Rettung des Studentendorfs Schlachtensee sind einige Resultate seines Wirkens.

Mit Peer Pasternack geht ein Staatssekretär, der wie kaum ein anderer bemüht war, politische Kultur in einer Stadt der politischen Konfrontation umzusetzen. Pasternack ist ein Mensch der Kultur, der sich verweigerte die um in der Politik am Hochschulstandort Berlin Bestand zu haben erforderliche Rücksichtslosigkeit zu erwerben.

Pasternack stand für den Anspruch eines nicht nur in der Wissenschaftspolitik erforderlichen Politikwechsels. Der AStA der Freien Universität bedauert den in Anbetracht der Berliner Realitäten letztlich konsequenten Schritt von Peer Pasternack. Mit seinem Rücktritt ist Berlin weiter denn je von einer ursächlichen Lösung der die Stadt beherrschenden Krise entfernt, in die die Hochschulen mehr und mehr hineingezogen werden.

### ■ Du hast schon Abi und studierst noch? Schäm Dich!

---

Eigentlich ist die Debatte über Langzeitstudierende völlig überflüssig. Eigentlich brauchen wir nämlich nichtmals normale Studierende. Schließlich hat der 17 Jahre alte Schüler Arno Pauly aus Celle sein Informatikfernstudium schon absolviert bevor er überhaupt das Abitur abgeschlossen hatte. Die Regelstudienzeit sollte also ganz einfach neu bemessen werden: Jahre bis zum Abitur minus zwei!

### ■ Jobben

---

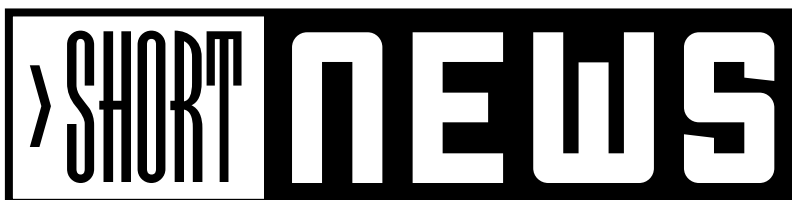
Laut einer Studie des Statistischen Bundesamtes müssen immer mehr Studierende jobben gehen und deswegen längere Studienzeiten in Kauf nehmen. Obwohl das Bundesamt die Zahlen nur für die Vorlesungszeit und nicht für die »Semesterferien« angibt, sind diese doch schon erstaunlich: 22 Prozent der 22- bis 24-jährigen jobben und sogar 38 Prozent der Studierenden im Alter von 25 bis 29 Jahren (2001 waren es noch 23 Prozent).

### ■ Notstand in der OAS-Bibliothek

---

Der Bibliotheksraum am Ostasiatischen Seminar (OAS), der Streitigkeiten zwischen Studierenden, Dozentinnen und Dozenten sowie Professorinnen und Professoren verursachte (s. Out of Dahlem, Nr. 1), wird mittlerweile von vielen Studierenden als Leseraum genutzt. Das Problem, dass die Bibliothek viel zu wenig Platz hat und die (technische) Ausstattung katastrophal ist, ist allerdings immer noch nicht gelöst, so dass weiterhin die Gänge von Zeitungsstapeln blockiert werden, andere Zeitungen auf einem Balkon verrotten und weder Studierende noch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Computer nutzen können, da keiner vorhanden ist – ganz zu schweigen von einem Internetanschluss.

Nachdem sich die Aufregung im Wintersemester 2002/2003 um die Bibliothek am OAS im letzten Sommersemester etwas gelegt hatte, hat die Redaktion des OOD festgestellt, dass sich Professorin Leutner eigentlich für die Interessen der Studierenden einsetzt und nicht undemokratisch gegen studentische Anliegen vorgeht.



Herr Keuner hatte wenig Menschenkenntnis, er sagte:

»Menschenkenntnis ist nur nötig, wo Ausbeutung im Spiel ist. Denken heißt verändern.

Wenn ich an einen Menschen denke, dann verändere ich ihn, beinahe kommt mir vor, er sei gar nicht so, wie er ist, sondern er sei nur so gewesen, als ich über ihn zu denken anfing.«

*Menschenkenntnis, Bert Brecht*